

EL PARCIAL

PANAMA: Puente de riqueza ajena

EL PARCIAL - Heft 15 (April 1985)

Das Heft umfaßt 140 Seiten, davon 122 Pres-
sedokumentation. Die Texte sind ganz über-
wiegend auf Spanisch, wobei vor allem Pu-
blikationen aus Panama, Mexiko und Guate-
mala berücksichtigt wurden; daneben wur-
den auch Quellen in englischer Sprache auf-
genommen.

Inhaltliche Gliederung: Der endgültige Ab-
schied vom Torrijismus/Die Counterinsur-
gency-Plattform/Die Bananen-Enklave/Der
Panama-Kanal: hindernisreiche Rückgabe
eines Schrotthaufens/Die transisthmische
Pipeline: mit der einen Hand geben, mit der
anderen nehmen/Die "Billigflagge"/Die
Freizone von Colón/Mehr Bank als Kanal:
die entscheidende Rolle des Internationalen
Finanzzentrums/Eine gespaltene Arbeiter-
bewegung.

Bezug gegen Überweisung von 11,00 DM an:
"El Parcial", Doris Hermes, Konto-Nr.
636 47-205, PSchA Hamburg.

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

Abril de 1985

15

PERIPHERIE SONDERANGEBOT

Wegen zu hoher Lagerkosten
bieten wir die Hefte 2 bis
9 als Paket zum halben Preis
an. Die begrenzte Stückzahl
der Hefte 2, 4, 5/6, 7, 8 und 9
kostet als Paket statt DM 52,-
DM 26,- (incl. Porto).

Bestellungen an:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61

Endlich ist sie fertig gestellt, die aktualisierte

Ausstellungsliste zum Thema „3. Welt“

mit ca. 100 Hinweisen auf Ausstellungen,
die in der Bundesrepublik, Österreich und
der Schweiz ausleihbar sind.
Bezug zum Preis von DM 3,- (auch in Brief-
marken) beim:
Kulturbüro in der Werkstatt 3
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50
Tel. 040 / 39 41 33

■ 22. Juni 1985 ■
**PRESSEFEST
LATEINAMERIKA
NACHRICHTEN**
20.00 Uhr
Ballhaus Kreuzberg
Naunynstraße 27
1000 Berlin 36

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 137

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Mai 1985

Solidaritätspreis DM 4,50

PARAGUAY – BRD



Stroessner-Besuch im Juli.
Wer erweist ihm diesmal die Ehre?

Aus dem Inhalt:

ARGENTINIEN: Die Spaltung der Peronistischen Partei — **BRASIL:**
Demokratie im Koma — **BOLIVIEN:** Generalstreik als Wahlkampf-
auftakt — **CHILE:** Die Tage nach dem Erdbeben — **KOLUMBIEN:**
Drogenmafia — **NICARAGUA:** Atlantikküste aus Sicht der FSLN

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
– PARAGUAY: Besuch aus dem Paradies	5
– BOLIVIEN: Generalstreik als Wahlkampfauftakt	12
– CHILE: Die Tage nach dem Erdbeben	19
Zwischen Trauer und Empörung	23
– BRASILIEN: Demokratie im Koma	28
Die "Neue Republik" im alten Gewand	35
– GUATEMALA: Friedliche Bewegung wird mit Gewalt bekämpft	37
– KOLUMBIEN: Drogenhandel und "Narcoguerrilla" (I)	41
– ARGENTINIEN: Alfonsín, die Wirtschaft und das Militär	49
Die Spaltung der Peronistischen Partei	54
Freiheit für die politischen Gefangenen	59
– NICARAGUA: Atlantikküste aus der Sicht der FSLN	61
– MITTELAMERIKA: Informationsblockade und alternative Medien	71
– Rezension	76
– Eingegangene Bücher	78
– Zeitschriftenschau	79
– Termine	80

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 12 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke

Druck: Movimento, Berlin-West

Redaktionsschluß: 18. April 1985

Abo-Preise:

Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Zu diesem Heft

Schon wieder hat es in einem Land Lateinamerikas eine Wahl gegeben. Diesmal waren die Peruaner aufgerufen, sich für eine neue Regierung zu entscheiden. Vernichtender ist wohl selten ein amtierender Präsident geschlagen worden, als der Konservative Belaúnde, dessen Partei lächerliche 6% der Stimmen auf sich vereinigen konnte, ein eindeutiger Beweis für die Unfähigkeit der bisherigen Regierung, auch nur die Andeutung einer Lösung für die drängenden wirtschaftlichen und innenpolitischen Probleme bieten zu können. Übertoller Sieger wurde der APRA-Kandidat Alan García, der nur knapp die absolute Mehrheit verfehlte und dessen endgültige Wahl zum Staatspräsidenten in der Stichwahl gegen den Kandidaten der vereinigten Linksparteien von niemandem bezweifelt wird. Schließlich vereinigten die Parteien 'links der Mitte' 70% der Wählerstimmen auf sich. Nur die peruanische Armee kann dies noch verhindern, wenn sie an ihre traurige Tradition anknüpft, die APRA durch einen Putsch nicht an die Macht zu lassen.

In diesen Tagen entscheidet der US-Kongress einmal mehr über einen Antrag der Reagan-Administration auf Unterstützung der Contras in Nicaragua. Da die Mittelamerikapolitik des Cowboys im Weißen Haus noch immer nicht eindeutig politisch durchsetzbar ist, wurde in den letzten Wochen die dummdreiste anti-sandinistische Propaganda noch heftiger auf die US-Bürger losgelassen. Dieser 'propagandistische Overkill', der Berichte über Giftgaseinsätze gegen Miskitos und ähnliche Greueltaten der "sowjetisch-kubanischen Verbindung in Zentralamerika" beinhaltet, macht selbst vor einer Einbeziehung des Heiligen Stuhls nicht halt. So konnte Reagan vor kurzem den US-Amerikanern freudestrahlend mitteilen, der Papst hätte ihm gegenüber in einer persönlichen Botschaft seine volle Unterstützung der Mittelamerikapolitik der USA zum Ausdruck gebracht. Doch gab es entschiedenen Protest von Seiten der nordamerikanischen Bischöfe, dem wenige Tage später ein klares Dementi des Vatikan folgte. So eindeutig wollte sich JoPa II wohl doch nicht vor den Karren der US-Politik spannen lassen.

Der Export der US-amerikanischen Overkill-Waffen ist für uns Mitteleuropäer eine ebenso bekannte wie bedrohliche Erfahrung. So macht auch die antisandinistische Propaganda keinen Halt vor unserem Land. Am 25. 4. 1985 eröffnet der Berliner Innenminister Lummer im Rathaus Schöneberg eine Ausstellung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte mit dem bezeichnenden Titel: 'Nicaragua Libre - Land ohne Freiheit'; die Ausstellung dauert bis zum 9. Mai. Wir würden uns freuen, wenn durch den Besuch vieler LN-Leser ein bewegter Verlauf dieser Ausstellung gewährleistet wäre.

LATEINAMERIKA TAGE '85

14. - 23. Juni 1985



Wie 1980 und 1982 werden die LATEINAMERIKA TAGE '85 Gelegenheit bieten, Zusammenhänge, Widersprüche und Hintergründe der Entwicklung in Lateinamerika aufzuzeigen und zu diskutieren. Die Beziehungen zur BRD und die Situation von Lateinamerikanern im Exil sollen besonders thematisiert werden. Neben Informationsveranstaltungen gibt es Ausstellungen, Konzerte, Theater, Lesungen, eine Medienbörse, ein Zeitschriftentreffen und viele Feste.

Vom 7. bis 13. Juni sind wichtige Filme im Rahmen der LATEINAMERIKA-FILMTAGE '85 zu sehen.

Das Programmheft ist ab Mitte Mai beim FDCL zu beziehen.

Spenden bitte auf das untenstehende Konto des FDCL mit dem Stichwort: LATEINAMERIKA TAGE '85

Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

Postgirokonto
Berlin-West
17 69 66 - 104

FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM CHILE-LATEINAMERIKA

FDCL

PARAGUAY



Besuch aus dem Paradies

In zwei Monaten erwartet die Bundeshauptstadt Bonn einen besonderen Staatsgast, der anschließend auch noch Baden-Württemberg und Bayern besuchen wird: Don Alfredo Stroessner, seines Zeichens Präsident von Paraguay und dienstältester Militärdiktator der Welt. Seit dem 4. Mai 1954, als er gegen den gewählten Präsidenten Frederico Chaves putschte, regiert der Sohn eines deutschen Einwanderers aus dem fränkischen Hof das 3,3 Millionen-Volk zwischen Rio Paraguay und Rio Paraná mit eiserner Hand.

Der Zeitpunkt seiner Machtübernahme war gut gewählt: der "Kalte Krieg" hatte seinen Höhepunkt erreicht, und die USA unter Präsident Eisenhower waren bestrebt, jegliche kommunistische Bedrohung vom lateinamerikanischen Kontinent fernzuhalten. Leute vom Schlage Stroessners, die ein hartes Durchgreifen gegen jede linke Opposition versprachen, konnten ihnen da nur willkommen sein.

Heute ist Paraguay für die USA vor allem wegen seiner strategisch günstigen Lage wichtig, da von dort aus bei Konflikten Truppen schnell in alle umliegenden Länder, Großstädte und Industriezentren (Sao Paulo, Buenos Aires, Córdoba) gebracht werden können. Gegenwärtig richtet das Pentagon sich im dünnbesiedelten Nordwesten Paraguays einen Militärflughafen ein, von dem aus Operationen in jedes Land Lateinamerikas durchgeführt werden können. Kein Wunder, daß Reagans früherer Außenminister Haig (ehemaliger NATO-Oberbefehlshaber) Stroessners Paraguay zum "treuesten Alliierten Washingtons" deklarierte.

Stroessners unbestrittener Antikommunismus sicherte denn auch seinem ansonsten korrupten Regime weiterhin die "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" durch die USA. Und so konnte sich Don Alfredo im Februar 1983 zum 7. Mal hintereinander ungestört zum Staatsoberhaupt "wählen" lassen.

Die interne Opposition ist nach 31 Jahren Diktatur völlig zerrieben: sie ist entweder physisch liquidiert, im Gefängnis, im Exil oder total eingeschüchert; insbesondere, seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre die von der katholischen Kirche unterstützten Bauernligen (ligas agrarias) zerstört worden sind. Was an Opposition übriggeblieben ist, ist eine relativ schwache katholische Kirche, die durch ihre Bischofskonferenz zumindest bei den krassesten

Übergriffen des Stroessner-Regimes öffentlich protestiert. So etwa bei Willkürmaßnahmen gegen Paraguays Indios, die einem Völkermord gleichkommen.

TUMMELPLATZ FÜR NAZIS, SCHMUGGLER, EX-DIKTATOREN, WIRTSCHAFTSVERBRECHER UND DROGENHÄNDLER

Alt-Nazis - KZ-Arzt Mengele wird in Paraguay vermutet -, international gesuchte Wirtschaftsverbrecher, neofaschistische Terroristen, Mörder und gestürzte Diktatoren suchen und finden in Paraguay Zuflucht. Journalisten, Studenten, Gewerkschafts- und Bauernführer hingegen werden ständig verhaftet, Zeitungen verboten und mißliebige Personen kurzerhand zwangsexiliert. Dutzende von Menschenrechtsorganisationen auf der ganzen Welt haben immer wieder auf willkürliche Verhaftungen, Folter, "Verschwindenlassen" und andere Verletzungen der Menschenrechte in Paraguay hingewiesen und sie verurteilt. Dies hat die USA und die BRD bis heute nicht daran gehindert, gute Beziehungen zum Stroessner-Regime aufrechtzuerhalten. Beide haben - mit kurzen Unterbrechungen in der Ära Brandt und während der Carter-Regierung - die Führer einer Bande von korrupten Ausbeutern, Mördern und perversen Folterern wirtschaftlich, militärisch und politisch unterstützt. Die BRD hat darüber hinaus im Rahmen ihrer "Entwicklungshilfe" ihre Polizeischulen zur Verfügung gestellt, um Polizeioffiziere aus Paraguay zu Fortbildungskursen in der BRD zu verhelfen.

In ganzseitigen Zeitungsanzeigen, die bundesdeutsche Anleger zu Landkäufen in Paraguay animieren sollen, wird das südamerikanische Binnenland als eines der letzten Paradiese auf dieser Erde angepriesen. Die Eigenwerbung spielt dabei sowohl auf die ökonomische Situation - "Investieren Sie im freiesten Land der Welt!" - an als auch auf die ökologische: "Hier finden Sie noch unberührte Natur!" Zur ersten Aufforderung ist zu sagen, daß der vorübergehende Wirtschaftsboom, ausgelöst durch eine erhöhte Nachfrage nach Baumwolle, Soja und Edelhölzern und durch den Bau des Itaipú-Staudamms, des größten Wasserkraftwerkes der Erde, inzwischen einer schweren Wirtschaftskrise gewichen ist. Die zweite Behauptung ist mehr als irreführend, da sie die ökologische Krise verdeckt, die in Paraguay nicht zuletzt durch das rigorose Abholzen des Urwaldes, aber auch andere Fehlentwicklungen entstanden ist.

Stroessner fördert ganz intensiv die Einwanderung von Ausländern und das Eindringen von ausländischem Kapital. Japaner, Südkoreaner, Vietnamesen, Afrikaner, Deutsche und Brasilianer erwerben in Paraguay Land, während wenigstens 1,3 Millionen Paraguayer - zum größten Teil campesinos - in die Nachbarländer emigrieren mußten, um dort für ihren Lebensunterhalt Arbeit zu suchen. Sie vegetieren schließlich in den Slums von Buenos Aires, Montevideo und Sao Paulo, während schon über 500 000 Brasilianer und 70 000 Deutsche Pa-

raguay besiedeln. Den Ausländern verkauft man die Landtitel, die man denen verweigert, die es seit Generationen bewirtschaften. 50% der Eingeborenenfamilien im Osten (3 500 Familien) und 75% der Familien im Westen (8 000 Familien) verfügen daher über keinen gesicherten Landbesitz. Die Besitzurkunde in den Händen, machen die ausländischen Siedler "ihren" Besitz unmißverständlich geltend, indem sie die Eingeborenen beschuldigen, in ihr Territorium eingedrungen zu sein, um sie dann, wenn sie nicht freiwillig gehen, zu verjagen.



Große ausländische Gesellschaften wie die Mainzer Firma Treubesitz General Farming GmbH sind die Herren der paraguayischen Wirtschaft und des Landes. Dutzende von Banken kapitalisieren die Produktion der Bevölkerung. Alle diese Gesellschaften, in ihrer Mehrheit multinationale Konzerne, transferieren ihre Gewinne ohne Schwierigkeiten und ohne Steuern oder Abgaben ins Mutterland der Gesellschaft. Wahrhaftig paradiesische Zustände - für Unternehmer! Für das paraguayische Volk aber bedeutet dies alles Ausblutung, besonders für die campesinos und die Indios. Über 30 Immobilienfirmen und Farmverbände bieten hier in der BRD Land zum Verkauf an. Bis in die jüngste

Zeit waren sie daran interessiert, das Stroessner-Regime in einem guten Licht erscheinen zu lassen und durch das Märchen von der angeblichen Stabilität und von rosigen Zukunftsperspektiven rechtslastige Bundesbürger um ihr Geld zu erleichtern.

STROESSNERS BAYERN-CONNECTION

Seit 1982 gibt es bei uns ein neuartiges Paraguay-Phänomen: das IDPA, das "Institut für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung". Das IDPA hat zwar seinen Sitz in Stuttgart, aber sein geschäftsführender Gesellschafter ist Heinz G. Aigner, Sohn des Amberger CSU-Abgeordneten Dr. Heinrich Aigner, ehemals persönlicher Referent von Hans Filbinger, dem früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und noch früheren NS-Marine-Richter.

In einer Hochglanzbroschüre bietet Aigners IDPA ein breites Spektrum an Hilfe an:

- Beratung von Marketing und Werbung
- Vermittlung von Geschäftsabschlüssen, Geschäftsverbindungen, Immobilien und Kooperation
- Verwaltung von Gesellschaften, Immobilien und Latifundien
- Förderung von deutsch-paraguayischen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen auf den unterschiedlichsten Gebieten (vor allem Investitionen deutscher Unternehmen)

Das IDPA verfügt über einen wissenschaftlichen Beirat von hochqualifizierten Lehrern und Forschern, die den Investoren Entscheidungshilfen geben sollen. Welcher Unternehmer hört nicht gern auf den Rat eines klugen Professors?

Den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Lothar Späth, und den Botschafter von Paraguay hat Heinz G. Aigner auch noch für seine "deutsch-paraguayischen Beziehungen" gewinnen können. Lothar Späth weist u.a. besonders auf die Wichtigkeit der entwicklungspolitischen Beratung hin und der Botschafter gar auf die gegenseitige Zuneigung der Völker. So einfach ist das also: Deutsche Investoren, Immobilienfirmen, Geldmacher, Steuerhinterzieher, Ausbeuter, Bauern- und Indianervertreiber leisten Entwicklungshilfe und schaffen gegenseitig natürliche Zuneigung zwischen zwei Völkern ...

Zum "Paraguay-Fachmann" wurde Aigner aber vor allem durch die Heirat mit der Tochter des verstorbenen Ex-Präsidenten des Obersten Gerichtshofes in Paraguay. Diese führte ihn in die dortige Ober- und Ausbeuterschicht ein und knüpfte Kontakte zu General Alfredo Stroessner, dem "Großen Führer". Daß drei Jahre nach Gründung des IDPA der Besuch Stroessners in der Bundesrepublik angesagt ist, erhärtet den Verdacht, daß Aigner und sein Institut letztendlich nur als Werbetrommel dienen, die für einen Staatsbesuch Stroessners gute Stimmung zu machen hat. Schließlich versuchte Stroessner jahrelang vergeblich, als offizieller Staatsgast in die BRD kommen zu



Schnappschuß aus Paraguay: Die Soldaten des Diktators Strössner bei der Verbreitung der Blätter ihres Chefs.

dürfen. Bei seinem Besuch im Sommer 1973 wurde er nur von seinem "Freund" Alfons Goppel in München empfangen. Aus diesem Grund wurde jener Besuch auch von paraguayischer Seite zur Privat-Visite heruntergespielt. Jetzt, nach dem Rechtsruck in Bonn, will Stroessner unbedingt die dortige Vorliebe für Antikommunisten ausnutzen, um baldmöglichst das "Land seiner Väter" offiziell besuchen zu dürfen. Einflußreiche Mitkämpfer (Hans Filbinger, Gerhard Löwenthal) fand Stroessner unter den Teilnehmern eines "Antikommunismus-Kongresses", der Ende 1981 in Paraguays Hauptstadt Asunción stattfand. Heinz Aigner war bei dieser Reise eigentlich nur als Mitfahrer dabei, doch scheint er jetzt die Spitzenfunktion bei der Stroessner-Propaganda innezuhaben.

Im Juli ist es nun soweit, Alfredo Stroessner wird die BRD besuchen. Und es wird nicht allein bei einem Händeschütteln zwischen ihm und Kohl, Strauß und Späth bleiben. (Bundespräsident von Weizsäcker und Außenminister Genscher haben gute Ausreden gefunden, um den Diktator nicht empfangen zu müssen.) Selbst wenn Helmut Kohl bei seinen Gesprächen mit Stroessner die medienberuhigende Frage nach den Menschenrechtsverletzungen in Paraguay stellen sollte, bedeutet dieser Staatsbesuch eine politische und wirtschaftliche Stärkung für das Stroessner-Regime und eine weitere Bedrohung für die Paraguayer. Bundesdeutsche Firmen erhoffen sich vom Staatsbesuch eine Verbesserung ihrer Auftragslage. Landverkaufsfirmer und Investoren spekulieren auf weitere Profite, und niemand denkt im entferntesten an die Vertreibung der Indianer und campesinos und an die Zerstörung der Umwelt in Paraguay.

ÖKOLOGIE - KEIN THEMA FÜR DON ALFREDO

Der Agrarboom der 70er Jahre, der neue Anbauflächen für Baumwolle und Soja erforderlich machte, hat in Paraguay eine sich seit langem abzeichnende ökologische Krise verschärft, die bereits durch das unkontrollierte Abholzen von Edelhölzern angelegt war. Durch den Agrarboom hat diese Abholzung nämlich ein unverantwortliches Ausmaß erreicht.

Vor allem die Urwälder Ost-Paraguays sind davon betroffen. Über 50% des Waldbestandes von 1945 sind bereits verschwunden, ohne daß eine systematische Wiederaufforstung stattfindet. Die wenigen Stellen, an denen neue Bäume gepflanzt werden, werden mit Eukalyptusbäumen bestückt, die in der Vegetation des Landes natürlicherweise nirgendwo zu finden sind.

Bei der Abholzung übrigbleibende Holzreste und Sträucher werden einfach verbrannt. Dabei gehen viele Pflanzen- und Tierarten unwiederbringlich verloren. Nach Auskunft eines deutschen Forstexperten, der einige Zeit in Paraguay gearbeitet hat, wird Paraguay bei gleichbleibender Abholzgeschwindigkeit in spätestens 15 Jahren ein Land sein, dessen Erdboden der totalen Versteppung preisgegeben ist.

Ein riesiges Flußsystem - Paraguay ist ein "Dreistromland" mit dem Rio Pilcomayo im Westen, dem Rio Paraguay, der das Land von Norden nach Süden durchquert und ihm seinen Namen gegeben hat, und dem gewaltigen Rio Paraná im Osten - macht Paraguay zu einem der wasserreichsten Länder der Erde. Der im vergangenen Jahr fertiggestellte Staudamm von Itaipú am Paraná ist der größte in allen fünf Kontinenten: Der See hat eine Oberfläche von 1.480 km² und erbringt eine Stromleistung von 12.600 MW (zum Vergleich die Leistung des Assuan-Staudamms in Ägypten: 2.100 MW, also genau ein Sechstel). Jedoch gibt es in Paraguay keinerlei "Wasserwirtschaft", d.h. keine systematische und planvolle Bewirtschaftung der Gewässer und keine Behandlung der Abwässer. Es gibt keine Gewässer-Ökologie und auch keinen Versuch der Regulierung oder Eindämmung der Flüsse, was jährlich zu riesigen Überschwemmungen mit Tausenden von Opfern - Tote und Obdachlose - führt.

Die private Itaipú-Gesellschaft hatte einen Schweizer Biologen angestellt, der eine Art Feigenblatt-Ökologie betreiben sollte. Doch selbst ihm, Carlos Dlouhy, wurde nicht erlaubt, notwendige Kontrollen über die Veränderungen im Stausee durchzuführen. Hat der See noch genügend Sauerstoff? Welche Fische und andere Wassertiere halten sich in ihm, welche sterben aus? Niemand weiß es - niemand soll es wissen. Carlos Dlouhy hat inzwischen wegen unmöglicher Arbeitsbedingungen gekündigt.

Ökologie, so scheint es, ist kein Thema für Don Alfredo und seine korrupte Bürokratie. So kommt es, daß auch in der Landwirtschaft vermeidbare Fehler gemacht wurden. Der kultivierte Ackerboden - neben Baumwolle und Soja werden für den inneren Konsum Mandioka,

Bohnen, Reis, Zitrusfrüchte und Bananen angebaut - ist zum großen Teil sauer und ertragsarm, in vielen Fällen zusätzlich mit Kunstdünger und Pestiziden überfrachtet. DDT wird, wie fast überall in der Dritten Welt, in Massen angewandt. Der exzessive Gebrauch von Eindrinen hat bereits zu Krankheitsfällen geführt.

Für den relativ hohen Eigenbedarf an Rindfleisch wird eine extensive Weidewirtschaft betrieben. Im Winter wird die trockene Grasflur einfach abgebrannt: Der Wind verweht die mineralhaltige Asche, und so kommt es zu einer systematischen und großflächigen Auslaugung des Bodens.

Angesichts eines so unbekümmerten Umgangs mit der Natur ist es nicht verwunderlich, daß sich diese Haltung im (fehlenden) Bewußtsein und auch in Ausbildung und Erziehung widerspiegelt. Zu den tiefverwurzelten, fast schon atavistischen Verhaltensweisen der Paraguayer gehört es, jedes, aber auch jedes wilde Tier oder Tierchen, das nicht dem eigenen Konsum oder Gelderwerb dient, zu töten. Allenthalben herrscht panische Angst vor allem, was kriecht und krabbelt. Völlig harmlose Insekten werden für giftig erklärt, und jede Schlange wird getötet, weil sie ja giftig sein könnte. Hinzu kommen die Massenabschlachtungen von Tieren, deren Felle ins Ausland - vor allem nach Europa - exportiert werden, so die Krokodile und Wildkatzen.

Schul- und Universitätsunterricht sind hieran maßgeblich beteiligt. Sie wiederholen in jedem Schüler und Studenten dieselbe Ignoranz und dasselbe naturzerstörende Verhalten.

Dennoch gibt es erste zaghafte Ansätze einer ökologisch orientierten Landwirtschaft. Diese entstehen da, wo Bauern sich in Kooperativen zusammenschließen und aus existentiellen Gründen heraus z.B. keine Pestizide mehr kaufen können, sondern stattdessen einen Sud aus Chile-Pfeffer auf die Tomatenpflanzen sprühen - mit hervorragendem Erfolg! In diesen Kooperativen werden auch eigene Schulen aufgebaut, wo die vorhandenen ökologischen Einsichten in notwendige Maßnahmen münden, die zur Verbesserung der Ernährungs- und Gesundheitssituation dienlich sind.

Doch wie lange wird Don Alfredo sie in Ruhe lassen?

WENN STROESSNER ANFANG JUNI IN DIE BRD KOMMT, SOLLTE ER "WÜRDIG" EMPFANGEN WERDEN: DURCH DEMONSTRATIONEN, KUNDGEBUNGEN UND EINE VIELFÄLTIGE INFORMATIONSARBEIT!!!

Materialien dazu gibt es bei der Paraguay-Arbeitsgemeinschaft (PAG), 4050 Mönchengladbach, Marqarethenstr. 11

BOLIVIEN

Generalstreik als Wahlkampfauftakt

Während ein grosser Teil der Bevölkerung in einem 16tägigen Generalstreik gegen die weitere Verschlechterung ihrer Versorgung kämpft, stecken die politischen Führer in diesem Streik bereits das Terrain ab für die allgemeinen Wahlen, die für den 14. Juli vorgesehen sind.

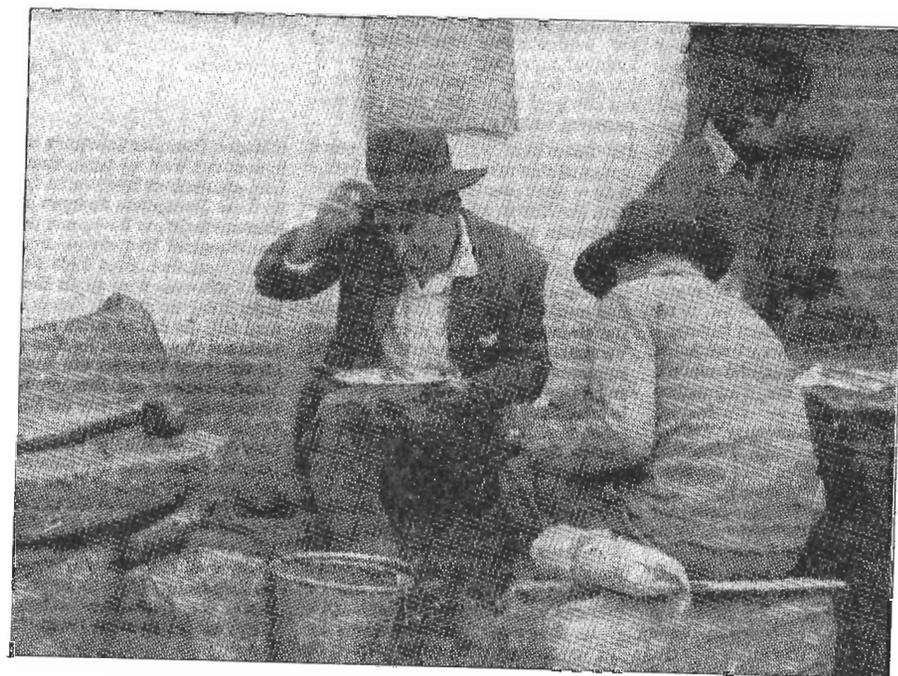
GENERALSTREIK IM GANZEN LAND

In Bolivien hat der Wahlkampf begonnen. Zwar sind die landesweiten Streiks und Blockaden nicht gerade üblich zum Auftakt von Wahlkämpfen, und sie erinnern eher an Zeiten, in denen dadurch Wahlen erst erkämpft werden mussten. Präsident Siles Zuazo hatte aber die Wahlen bereits um ein Jahr vorgezogen und auf den 16. Juni dieses Jahres festgelegt. Diese Form der Auseinandersetzung zeigt, mit welcher Härte und Verbissenheit gekämpft wird, deutet aber auch schon auf die weit verbreitete Hoffnungslosigkeit hin.

Der 16-tägige Generalstreik im März wurde von den politischen Kontrahenten, dem Regierungschef Siles und dem Chef der Gewerkschaften Lechín bereits als wahltaktischer Konflikt gesehen und als solcher benutzt; beide wollten zu Beginn Boden gut machen. Allerdings wäre es eine Verhöhnung, wenn man den Arbeitern, Bergleuten und Bauern ein solches Kalkül ebenfalls unterstellen wollte. Den grössten Teil der Bevölkerung trieb regelrecht der Hunger auf die Strasse, und für sie war es - und ist es weiterhin - ein Kampf für's materielle Überleben.

Die Regierung hatte am 9. Februar erneut zum 'Gürtel enger Schnallen' aufgerufen, aber kaum jemand kann sich noch weiter einschränken, allenfalls die kleine Oberschicht und Teile der sog. Mittelklassen sind noch dazu in der Lage. Die in Bolivien sattsam bekannten Wirtschaftspakete nach dem Grundschemata des IWF fallen jedesmal drastischer aus; als ob es nur an der Dosierung und nicht an der Wirkungsweise des Heilmittels läge, dass die Wirtschaft Boliviens darniederliegt wie vielleicht noch nie in seiner 160-jährigen Geschichte als Republik. Allerdings sehen die Zahlen noch dramatischer aus als sie es wirklich sind. Wenn die Preise für Grundnahrungsmittel um 400%, für Treibstoffe um 450% heraufgesetzt werden, stellt sich das bei einer 4-stelligen Inflationsrate etwas relativiert dar; diese lag 1984 über 2 1/2 Tausend und für 1985 wird optimistisch von über 3000 % ausgegang-

en. Viel wesentlicher ist es in diesem Zusammenhang, die Lohnentwicklung im Vergleich zu den Preisen zu verfolgen. Da die Löhne nur um 300% angehoben wurden, um den beabsichtigten Effekt der internen Nachfragedrosselung nicht zu verfehlen, bedeutet dies einen Kaufkraftverlust von einem Viertel.



Es soll hier darauf verzichtet werden, die Wirtschaftsmisere in Zahlen auszudrücken. Diese mögen zwar sehr beeindruckend sein, weil es in Bolivien jetzt so viele Millionäre unter den Arbeitern gibt, aber die Zahlen können allenfalls im Vergleich miteinander interessant sein, ihre absolute Höhe ist für die Aussage und den Überblick nicht mehr ausschlaggebend, und ausserdem innerhalb von Tagen schon wieder überholt.

DIE COB FORDERT

Die zentrale Forderung der Streikenden war die Erhöhung der Löhne um die Inflationsrate, um zumindest keine weitere Verschlechterung der Kaufkraft hinnehmen zu müssen. Diese auf den ersten Blick rein ökonomisch erscheinende Forderung war aber dadurch sehr viel mehr eine politische, weil sie genau den Nerv der Wirtschaftsmassnahmen traf. Wenn die Preiserhöhungen durch Einkommenssteigerungen neutralisiert werden, die an die Bedürfnisse und nicht an die Produktivität gebunden sind, ist ein zentrales Element dieser vermeintlichen Sanierungsprogramme wirkungslos: die Verringerung der Nachfrage im Land. Der Regierung sollte klar gemacht

werden, dass dies kein taugliches Konzept ist; die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, und vor allem, dass die Bevölkerung keine weiteren Lasten ertragen kann.

Wie ernst es den Gewerkschaften ist, wurde in der Entschlossenheit und dem hohen Einsatz deutlich, mit dem 16 Tage lang durchgehalten wurde. Die Bauern blockierten die Zufahrtsstrassen zu den Städten und legten die Versorgung lahm, und 15.000 Bergleute zogen von den Minensiedlungen nach La Paz, die Stadt gleich einer belagerten Metropole. Ging es den Arbeitern in erster Linie um die Löhne und die Versorgung und erst an zweiter Stelle darum, welche Regierung ihren Forderungen nachgibt, so stellte die Gewerkschaftsführung gleich das politische Ziel in den Vordergrund, die Regierung Siles zu stürzen. Damit war der Streik offen auch zu einem Machtkampf der beiden Polit-Veteranen Siles und Lechin geworden.



Vertreter der Einzelgewerkschaften beraten die Situation, 18.3

DIE REGIERUNG BLEIBT HART

Aber die Regierung gab nicht nach, und wie schon immer zeigte Siles dann Entschlossenheit, wenn es um seine Machterhaltung geht. Die Konfrontation spitzte sich sogar soweit zu, dass der Präsident das Militär gegen die Streikenden einsetzte; nur durch beiderseitige Zurückhaltung, vor allem durch die Besonnenheit der Streikenden, kam es nicht zu Zwischenfällen. Dass ausgerechnet Siles, der als Demokrat jahrelang gegen Militärdiktaturen kämpfte, zu diesem bedrohlichen Unterdrückungsmittel aus den finsternen Zeiten der Diktaturen griff, zeigt, wie sehr er seine Stellung

bedroht fühlte. Bisher war die Machterhaltungsstrategie des sonst als Zauderer bekannten Präsidenten recht erfolgreich, indem er zwischen IWF und COB lavierte.

Die Lage war auf des Messers Schneide, und die Regierung schien zunächst keine guten Karten zu haben. Auch die schon wieder erneuerte Regierungsmannschaft, die inzwischen nurmehr noch aus Unabhängigen, die dem Präsidenten nahestehen und Mitgliedern seiner eigenen Partei MNRI besteht, brachte bisher nichts Neues. Ein Wirtschaftskonzept ist nach wie vor nicht erkennbar bei dieser Regierung. Keines der wirklichen Probleme des Landes - vor allem die einseitige Rohstoffexportabhängigkeit - wurden wirklich angepackt. Die Regierung liess sich immer stärker auf die Linie der Schuldentrückzahlungsstrategie drängen und musste dann folgerichtig Umschuldungs- und Kreditbedingungen akzeptieren, die im Innern immer schwieriger durchsetzbar wurden. Die in diesem Zusammenhang als Rettungsanker entworfenen Exportförderungsmassnahmen überzeugen gar nicht, weil sie nichts Neues bieten, sondern lediglich versuchen, im alten Gleis effizienter zu arbeiten. Kein Wunder, dass bisher auch noch keine Ergebnisse erkennbar sind.

DIE VERPASSTEN CHANCEN DER COB

Allerdings hat der Gewerkschaftsverband COB die Chancen nicht genutzt und keine schlüssige Alternative präsentiert. Nachdem die Arbeitermitverwaltung im Bergbaukonzern COMIBOL vor zwei Jahren durchgesetzt wurde, glaubten viele, dies sei jetzt der Anfang einer gezielten Politik der COB, Wirtschafts- und Arbeitsleben in Bolivien zu demokratisieren und damit systematisch ihren Anteil an der Macht aufzubauen. Die Regierung hat sich immer wieder Blößen gegeben und der COB Chancen geboten, in die Bresche zu springen und ihre Vorstellungen stärker durchzusetzen. Die COB hat die Chancen nicht genutzt und statt dessen im letzten Jahr viel Kraft in internem Machtgerangel verbraucht.

Es überrascht etwas, wenn der Führer der Bergarbeitergewerkschaft PSTMB Simon Reyes sagt, wir können in diesem Generalstreik u.a. auch deshalb nicht nachgeben, weil die Forderungen eine stark mobilisierende Wirkung haben. Vielleicht ist es auch etwas verantwortungslos, die Mobilisierung so stark als Begründung in den Vordergrund zu stellen, aber gleichzeitig den Streikenden keine wirkliche Perspektive zu bieten.

Hierin liegt wohl das eigentliche Dilemma, und man muss sich fragen:

War es wirklich ein Sieg der Arbeiter, als am 23. März unter Vermittlung von Vertretern der katholischen Kirche ein Kompromiss vereinbart wurde? Die Arbeiter haben eine 100%ige Anrechnung des Inflationszuschlags auf den Mindestlohn erreicht, ausserdem sicherte die Regierung zu, in den nächsten 6 Monaten die Minen- und Industriezentren ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen.

Zwar wurde die Arbeit zwei Tage später wieder aufgenommen, aber wirkliches Vertrauen in die Durchführung der Zusagen will nicht aufkommen. Neben den wirklichen Interessen der Streikenden hatte der Generalstreik, wie schon erwähnt, für die politischen Kampfhähne auch die Funktion, sich bereits Startlöcher für die Wahlen zu graben und die der andern dabei möglichst zuzuscharren.

DIE ALTSTARS TRETEN NICHT AB

Siles kann zwar nach der Verfassung nicht sofort wieder für die Präsidentschaft kandidieren, aber eine künftige Regierung, die seine Partei MNRI miteinschliesst, würde bedeuten, auch er könnte indirekt an den Fleischtöpfen der Macht bleiben. Deshalb gibt es die unterschiedlichsten Spekulationen, aber auch handfeste Vorstösse für eine Zusammenarbeit. Immer wieder glauben Beobachter Anzeichen für eine Wiedervereinigung der beiden MNR-Parteien von Siles Zuazo und Paz Estenssoro zu erkennen, damit diese als grosse Volkspartei vor die Wähler treten können mit dem Flair von 1952, deren politische Köpfe die Alt-Stars schon damals waren. Allerdings war in den letzten Jahren die ideologische und politische Nähe von Paz Estenssoro eher zu Banzer und den konservativen Kräften zu erkennen. Deshalb gehen viele Auguren schon jetzt von einem Wahlsieg der Rechten aus und sehen Banzer erneut im Präsidentenamt, unterstützt von Paz Estenssoro und seiner MNRH.



Herman Siles Zuazo



Juan Lechin Oquendo

Es spricht in der Tat einiges dafür, dass Exdiktator und Generalissimo i.R. Banzer diesmal über Wahlen an die Macht kommt. Die Regierung der Linken, als die Siles im Oktober 1982 angetreten war, hat regelrecht abgewirtschaftet (vgl. insbes. LN 135) und das Land in eine tiefe Krise geführt. Banzer ist im rechten Spektrum neben Paz E. momentan der einzige Politiker, der über ein gewisses Charisma verfügt. Sogar bei Gewerkschaftswahlen im Bergbauzentrum Huanuni konnte Banzers Partei ADN als stärkste Kraft hervorgehen; soweit ist die Resignation schon fortgeschritten.

Die äusserst dünne Decke von bolivianischen Spitzenpolitikern, vor allem jüngerer Generation, ist eine Spätfolge der politischen Geschichte der letzten 30 Jahre. Während 12 Jahren, ab 1952,

Plattform der 'Linksfront'

- Lebensnotwendiger Mindestlohn mit Anpassungsklausel
- Ausreichende Versorgung und Verteilung, Preiskontrollen
- Gerechte Preise für landwirtschaftliche Produkte
- Steuersenkung für Kleingewerbe
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Verstaatlichung des Bankwesens
- Staatsmonopol für den Aussenhandel
- Teilnahme der COB an der Devisenzuteilung gemäss früheren Abmachungen
- Verstaatlichung des privaten Schwertransports und Übernahme des innerstädtischen Transports durch die Kommunen
- Keine Anerkennung von Auslandsschulden der Privatwirtschaft durch den Staat
- Verstaatlichung des 'Mittleren' Bergbaus
- Verstaatlichung der grossen Nahrungsmittelunternehmen
- Beibehaltung des staatlichen Exportmonopols für Bodenschätze
- Zwangsweise Steuereintreibung bei den Erdölunternehmen Tesoro und Occidental
- Unterstützungsmassnahmen für die Bergbaugenossenschaften

hat die MNR die Politik des Landes dominiert und für sich monopolisiert; und danach kamen 18 Jahre Militärdiktaturen und Unterdrückung, die erfolgreich ein Heranwachsen einer neuen Politiker-Generation unterbanden oder es den jungen Politikern zumindest sehr schwer machten und auf jeden Fall verhinderten, dass diese administrative Erfahrungen sammeln konnten. Es mag deshalb nicht verwundern, wenn für die Wahlen wieder die altbekannten - vielleicht schon etwas zu alten - Figuren antreten.

Auch bei den fortschrittlichen Parteien bleibt nur der Rückgriff auf die alten politischen Führer, wenn man einmal von Paz Zamora, dem Repräsentanten einer MIR-Abspaltung, absieht. Allem Anschein nach macht sich Lechín Hoffnungen, mit einem Linksbündnis unter gewerkschaftlicher Führung einen Wahlsieg der Rechten noch verhindern zu können. Auch Siles hat der COB bereits den Vorschlag gemacht, den Konflikt mit der Regierung zu beenden und gemeinsam in einer Koalition des Volkes die Wahlen zu bestehen. Genau vor diesem Hintergrund sind die ausgedehnten Verhandlungen und das Tauziehen, die zum Kompromiss vom 23. März führten. zu sehen.

KOMMT EIN NEUES 'LINKSBÜNDNIS'?

Ob sich im 'Linksbündnis' von Lechín aber wirklich alle linken Parteien zusammenfinden können, steht bereits jetzt ausser Frage. Es ist nicht zu erwarten, dass die Parteien, deren Vertreter auf dem letztjährigen Gewerkschaftskongress der COB durch Lechíns Machenschaften im Internen Machtgerangel der COB ausgetrieben wurden, sich auf der politischen Bühne jetzt bereitwillig unter seine Fittiche begeben. So fehlen bisher die Kommunisten PCB, die Sozialistische Partei PS-1 und ein Teil des MIR. Wenn es allerdings der COB gelingen könnte, zu ihrer inneren Geschlossenheit zurückzufinden und aus der 17 Punkte Plattform ein konsistentes Programm zu formen, wäre sie sicher die wichtigste Kraft im linken Spektrum. Bisher sind allerdings die Forderungen der Plattform noch zu vage und vor allem nicht konsistent untereinander verbunden; sie haben mehr den Charakter eines Massnahmenkatalogs als eines Programms, das eine Perspektive aufzeigen kann.

Die grosse Unbekannte sind in diesem Spiel bisher die Militärs, obwohl es von ihnen letztendlich abhängen wird, ob die Wahlen stattfinden, die ja nach dem Generalstreik auf den 14. Juli verschoben wurden. Es scheint kein politisches Projekt unter den Offizieren zu geben, mit dem sie sich zutrauen, das Land aus der Krise zu führen. Zusätzlich begünstigt der lateinamerikanische Trend z.Z. die Militärmachthaber weniger, was für die aussenpolitische Absicherung eines Staatsstreichs wichtig ist. Allerdings ist deshalb nicht auszuschliessen, dass vielleicht trotzdem ein patriotischer Offizier sein Vaterland vor dem Chaos retten will und mal wieder einen Putsch probiert.

CHILE

Die Tage nach dem Erdbeben

Kurz nach dem Redaktionsschluß der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN vom April erreichte uns der folgende Bericht, der uns aus Chile anonym zugeschickt wurde. Der Autor beschreibt die Situation an den Tagen nach dem Erdbeben, besonders die in Chile selbst organisierten Hilfsmaßnahmen umfassender, als wir sie aus den uns vorliegenden chilenischen Medien entnehmen können.

Am Sonntag, dem 3. März, beendete das Beben abrupt eine relativ ruhige Sommerferienzeit. Um etwa Viertel vor acht abends bebte das gesamte Mittelchile. Das Epizentrum lag etwa vierzig Kilometer im Meer vor dem Ferienort Algarrobo. Am stärksten machte sich das Beben mit ca. Stärke neun auf der Richterskala zwischen den Städten San Antonio und Valparaíso bemerkbar. In Santiago wurde etwa Stärke acht gemessen. Es ist ein wahres Wunder, daß es so wenig Todesopfer (nach offiziellen Zahlen 142) zu beklagen gab. Dies ist daher zu erklären, daß das Beben an einem Sonntag zu einer Zeit eintrat, als es noch hell und relativ warm war. Wenn man heute die Städte und Dörfer sieht, könnte man allerdings viel mehr Tote vermuten, denn Tausende von Häusern, Hallen, Fabriken, Kirchen und Mauern sind zusammengebrochen.

In der Überzahl sind es Häuser aus Lehm und aus Ziegeln. Dies ist allerdings nach den ersten Berichten wohl weniger auf das Material zurückzuführen als vielmehr auf die mangelhafte Bauweise und die mangelnde Unterhaltung der Häuser. Dabei macht sich natürlich besonders stark der Geldmangel der letzten Jahre bemerkbar. Unter den zerstörten Häusern sind auch etliche, die erst in den letzten Jahren zur Zeit des berühmten Booms fertiggestellt wurden. Da sind Häuser zusammengebrochen, die praktisch nicht mit Zement, sondern mit Sand gebaut worden sind, darunter auch viele von der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft.

Die Betroffenen sind vor allem die Bewohner der alten Stadtviertel (also nicht die der Elendsviertel, weil dort die Häuser aus Holz sind) und der ländlichen Siedlungen. Es gibt kleine Dörfer, die vollständig zerstört sind. Mein persönlicher Eindruck ist, daß die Betroffenen in diesen Gebieten - in der Mehrzahl Arbeiter (seien diese arbeitslos oder nicht) - mit der Katastrophe besser umgehen können, als die Bevölkerung

in den Poblaciones; sie haben z.T. handwerkliche Fähigkeiten und Erfahrung in Organisation. Dennoch ist ihre wirtschaftliche Situation mit der in den Poblaciones vergleichbar, d.h. sie haben nichts oder sehr wenig. Man kann vielleicht zwei Gruppen hervorheben, die besonders stark betroffen wurden, und zwar einmal die Leute, deren Arbeitsplätze vernichtet wurden. Dies ist besonders in San Antonio und Valparaíso der Fall, weil dort die Hafenanlagen weitgehend dem Beben zum Opfer fielen. Da bisher schon die Kapazität der Häfen in Mittelchile zu groß war, ist anzunehmen, daß keineswegs beide Häfen wieder voll ausgebaut werden. Vielmehr kann man davon ausgehen, daß ein Hafen, wahrscheinlich der von San Antonio, zu einer Art Reservehafen wird. Das bedeutet aber, daß eine der wichtigsten Einnahmequellen dieser Stadt versiegt. Die andere Gruppe der besonders hart betroffenen sind die Mieter der zusammengebrochenen Häuser in den alten Stadtvierteln. Die Besitzer haben eventuell Aussicht auf Kredite für den Wiederaufbau, aber die Mieter haben garnichts. Anderer Wohnraum in den gleichen Gebieten ist nur sehr wenig vorhanden und die Mieten sind ausserdem nach dem Erdbeben in diesen Vierteln um etwa 100% gestiegen. Dies bedeutet, daß sie nun auch an den Stadtrand, d.h. in die Poblaciones abwandern müssen. Es sieht so aus, als ob sich inzwischen Komitees der Geschädigten gebildet haben, und es ist nicht auszuschließen, daß es in nächster Zeit sowohl Haus- als auch vor allem Landbesetzungen in der Innenstadt von Santiago geben wird, wo es große brachliegende Gelände gibt. Damit ist durch das Erdbeben eigentlich ein schon lange vorher existierendes Problem offen zu Tage getreten, nämlich der Mangel an vernünftigem, aber billigem Wohnraum in der weiteren Innenstadt Santiagos.

In Santiago sind besonders starke Schäden in den folgenden Kommunen zu verzeichnen: Innenstadt, Quinta Normal, Conchalí, Renca, Macul, La Florida. Die anderen Städte, die besonders betroffen sind: San Antonio, Melipilla, Valparaíso, Viña del Mar, Curicó, Rengo, San Vicente de Tagua Tagua, außerdem die Dörfer Navedad, La Boca, Cuncumen, Curacaví und einige kleinere Dörfer. Wahrscheinlich wegen des verschiedenartigen Untergrunds gibt es Dörfer und Städte, die fast nebeneinander liegen, aber völlig unterschiedlich betroffen sind. So ist Cartagena, das nur acht Kilometer von San Antonio entfernt liegt, sehr wenig zerstört.

Wie waren nun die ersten Reaktionen und Maßnahmen nach dem Erdbeben? Generell könnte man von einem zweiten "Beben" danach sprechen. Von Anfang an versuchte die Regierung, die Folgen des Bebens als so gering wie möglich darzustellen. Die Gründe sind bisher noch nicht recht ersichtlich. Unter früheren Regierungen wurde ein Erdbeben politisch als Glückstreffer gesehen und dazu benutzt, die Regierung der

"nationalen Einheit" zu beschwören. Das heißt, die Schäden wurden ein wenig aufgebauscht; einmal, um im Ausland Eindruck zu schinden und damit etwas mehr Hilfe zu bekommen; zum anderen wurden freiwillige Hilfseinsätze gefordert und von Verwaltung und Militär koordiniert. All dies fand nicht statt. Nach eigenen Eindrücken in den besonders betroffenen Gebieten und auch nach Gesprächen im Katastrophenzentrum der Regierung kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Militär, aber auch die Verwaltung bewußt zurückgehalten wurden. Schon in den allerersten Tagen machte sich das bemerkbar, da die Militärs zwar nachts zur Bewachung eingesetzt wurden, sonst aber kaum zu sehen waren. Dies machte sehr schnell auch schlechte Presse (, die ja eh schon kontrolliert wird). So wurde dann am Donnerstag nach dem Beben plötzlich umgeschaltet. Das Beben nahm in der Berichterstattung nunmehr nur noch den 3. oder 4. Platz ein, Kommentare zu den staatlichen Maßnahmen gab es gar nicht mehr. Im Gegenteil, es wurde gezeigt, welche schönen alten Gebäude erhalten geblieben waren und wie die Militärs irgendwelche baufällige Gebäude sprengen. Und dies zu einer Zeit, wo noch Tausende in Zelten hausten und noch viel mehr ohne Wasser und teilweise ohne Elektrizität dasaßen. Es wurden Forderungen lauter, daß den Militärs ihre Sonderzulage von 100%, die sie während des nun schon vier Monate währenden belagerungszustand erhalten, gestrichen wird und den Betroffenen zugute kommt. Aber im Gegenteil, so ist bekannt, daß Militärs, deren Häuser nicht beschädigt sind, nach dem Erdbeben kostenlos mit ihren Familien essen durften. Lastwagen mit Hilfsgütern von der Kirche wurden von Militärs requiriert und in die Regimenter gefahren. Der Belegschaft des katholischen Senders "Radio Chilena", die Hilfsgüter nach San Antonio gebracht hatte und an einer Messe teilnahm, wurde vom Gouverneur der weitere Aufenthalt in der Provinz verboten, wobei ihnen dreißig Minuten Zeit gegeben wurde, um aus der Provinz zu verschwinden. Dem hiesigen Fernsehredakteur Mario Kreuzberger, der eine riesen Hilfskampagne startete, wurde verboten, diese Güter direkt an die Betroffenen in Melipilla zu verteilen oder sie an Caritas zur Verteilung in Melipilla zu übergeben. So war dann nach einer Woche endgültig klar, daß dieses Erdbeben nicht dazu beitrug, einen vorläufigen Waffenstillstand zwischen Regierung und Opposition herbeizuführen.

Da sich nun die staatlichen Stellen nur wenig einschalten - teils auch aus Mangel an Ressourcen - kam allen anderen gesellschaftlichen Organisationen besondere Bedeutung zu. Die größte Kapazität hatte dabei natürlich die Katholische Kirche. So wurden die einzelnen Pfarreien zu den eigentlichen Notstandscentren. Unter den Organisationen der Kirche war natürlich erst-mal Caritas besonders wichtig, die vor allem die Sammlung und Verteilung von Lebensmitteln, Kleidern, Decken,

Zelten und Medikamenten übernahm. Das Wohnungsbüro der Kirche begann sofort ein Wohnungsprogramm für 2000 Landhäuser von 55 m² Fläche. Die Ärztekammer schickte, nachdem ein Angebot zur Zusammenarbeit mit der Regierung mit einer Frechheit beantwortet wurde, medizinische Teams in die am meisten betroffenen Gebiete; innerhalb der Rechtsanwaltskammer gründete sich eine Gruppe, um sich der unheimlich komplizierten rechtlichen Lage zu widmen, in der sich viele Betroffene befinden. Die Gewerkschaften gründeten zusammen mit dem Arbeitervikariat einen Sonderfonds. Sicher gibt es noch weitere Organisationen, die systematisch und organisiert relativ schnell mit der Hilfeleistung begonnen haben, darunter auch kleine Gruppen von Architekten usw. Dennoch ist eine gewisse Desorganisation nicht nur auf Seiten der Regierung festzustellen, sondern auch auf Seiten der nicht von der Regierung kontrollierten Organisationen, die in den meisten Fällen der Opposition zugerechnet werden können. Dies steht im starken Widerspruch zu den sehr spontanen aber organisierten Hilfsmaßnahmen, die unter früheren Regierungen durchgeführt wurden, so etwa nach den Beben 1960, 1965 und 1971. Es ist weiterhin sehr auffällig, daß der größte Teil der Hilfe aus dem Ausland nicht über Regierungsstellen fließt, sondern über die Kirche. Aber zurück zu der mangelnden Organisation der Hilfsmaßnahmen: Es ist auffallend, wie ein Teil der Bevölkerung offensichtlich die Fähigkeit verloren hat, seiner Solidarität Ausdruck zu verleihen. Wenn ihnen jemand die Möglichkeit gibt, diese Solidarität zu üben, sind sie froh darüber. Sie selber aber scheinen wie gelähmt. Diese Art psychologischer Paralyse ist auch bei ihrer Fähigkeit zur Trauer festzustellen. Am nächsten Tag wird eingekauft und sich so verhalten, als ob nichts passiert wäre. Da dieses Verhalten nicht nur vereinzelt auftritt, sondern ziemlich massiv, kann man es schon als gesellschaftliches Phänomen ansehen; obwohl ich es nicht genau analysieren kann, kann ich es auf dem Hintergrund der letzten Jahre schon verstehen. Interessant ist auch, daß seitens des Staates die Sicherheitsorgane (Geheimpolizei etc.) ihre Arbeit ohne große Unterbrechung weiterführen. Daß hierin auch kein Wandel zu erwarten ist, kann man heute morgen (18. 3.) sehen, als die Verlängerung des Belagerungszustandes um weitere drei Monate verkündet wurde, obwohl der bisherige erst am 7. Mai ausgelaufen wäre. Dies bedeutet vor allem die weitere Knebelung der Presse und damit ein weitgehend unkontrollierbares Vorgehen der Sicherheitsorgane.

Zwei bezeichnende Ereignisse der beiden letzten Tage sind noch nachzutragen: auf dem Weg nach San Antonio requirierten die Militärs zwei Lastwagen von Caritas mit neuen Matratzen, die in den Kasernen dann gegen alte umgetauscht wurden; in der Stadt Melipilla sind angeblich Polizisten festgenommen worden, die sich an Hilfsgütern bereicherten.

Zwischen Trauer und Empörung

Die bestialischen Morde an sechs Regimegegnern Ende März deuten an, daß die Verfolgung Oppositioneller ein neues Stadium erreicht hat. Zum ersten Mal fiel ein Angehöriger der katholischen Kirche - der Mitarbeiter des Solidaritätsvikariats José Manuel Parada - einem kaltblütigen Mord zum Opfer. Konnte man bislang noch davon ausgehen, daß die Verbrechen des Regimes einem bestimmten politischen Kalkül unterworfen waren, so scheint nun zumindest der Geheimdienst CNI alle Rücksichtnahmen fallengelassen zu haben und einen "schmutzigen Krieg" nach argentinischem Vorbild gegen die chilenische Linke führen zu wollen. Zu verwundern braucht dies nicht, nachdem unlängst der US-Staatssekretär Motley Pinochet eine Absolution erteilt und nichts mehr gegen dessen Verbleiben im Amt bis 1989 einzuwenden hat.

Am Freitag, den 29. März begleitete José Manuel Parada, Sohn des auch bei uns durch seine Neruda-Darstellung in Skarmetas Film "Brennende Geduld" bekanntgewordenen Schauspielers Roberto Parada, seine Tochter zum Colegio Latinoamericano, einer der beiden als "links" bekannten Oberschulen Santiagos. Während Parada sich noch mit dem Lehrer und Vizepräsidenten der AGECH Manuel Guerrero unterhielt, näherten sich ihnen drei mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer und zerrten sie in einen bereitstehenden Wagen, der keine Kennzeichen trug. Leopoldo Muñoz - ein Kollege Guerreros -, der den beiden zur Hilfe eilte, wurde mit einem Bauchschuß niedergestreckt. Dies alles geschah kurz nach 8 Uhr morgens, während Dutzende Eltern ihre Kinder zur Schule brachten, unter den Augen der Polizei, die routinemäßig die allmorgendlich anfallenden Verkehrsbehinderungen zu beheben trachtete. Zu allem Überfluß kreiste auch noch ein Polizeihubschrauber über der Schule, der jedoch keine Anstalten machte, den im Verkehrsgewühl verschwindenden Wagen zu verfolgen.

Am Abend zuvor hatten bereits Unbekannte das Büro der Lehrgewerkschaft AGECH überfallen und vier Personen verschleppt. Die drei entführten Lehrer wurden Samstagnacht wieder freigelassen, die Leiche des Malers Santiago Natino dagegen tauchte erst am Sonntag zusammen mit denen Paradass und Guerreros wieder auf. Passanten hatten sie in der Nähe des Flughafens mit durchschnittenen Kehlen und deutlich sichtbaren Folterspuren aufgefunden.

Gar nicht erst die Mühe einer Entführung machten sich die Mörder der beiden Brüder Rafael und Eduardo Vergara. Die beiden Mitglieder der Jugendorganisation der Christlichen Linken (IC) - beide bereits einmal wegen ihrer Tätigkeit in Schülerorganisationen inhaftiert - wurden am Donnerstagabend (28.3.) auf offener Straße von "Carabineros" erschossen. Der zwanzigjährige Eduardo, der nicht sofort tot war, wurde noch zu einem Polizeifahrzeug geschleppt und dort per Kopfschuß exekutiert. Wenig später verwüsteten etwa dreißig Maskierte das Haus der Eltern.



*José Manuel Parada Maluenda,
Soziologe, Mitarbeiter des
Solidaritätsvikariats*



*Manuel Guerrero Ceballos,
Lehrer, Vorsitzender des
Lehrerverbands der Haupt-
stadtregion*

Am 29. März wurde die 20-jährige Studentin Isabel del Rosario Plaza Fierro im Haus ihrer Eltern, bei einem sogenannten Zusammenstoß ermordet. Den Medien präsentierte das CNI ein angeblich im Haus entdecktes Waffenarsenal des MIR, zu dessen Auflistung die Tageszeitung "La Tercera" 31 Druckzeilen benötigte.

ZUSAMMENSCHLÜSSE BEI DEN TRAUERFEIERLICHKEITEN

Die Trauerfeierlichkeiten für die Opfer, an denen jeweils zwischen acht- und zehntausend Menschen teilnahmen, wurden zu den größten Protestkundgebungen seit der Verhängung des Ausnahmezustands am 8. November vergangenen Jahres.

Dabei kam es während der Totenmesse für Parada und Guerrero, die Erzbischof Fresno, angesichts des Drucks und der Empörung in Kirchenkreisen nicht umhin konnte selbst zu zelebrieren, zum Eklat. Schon am frühen Morgen glich die Kathedrale eher einer belagerten Festung als einem Gotteshaus. Rund um die Plaza de Armas waren Polizeifahrzeuge aufgefahren und mehrere Hundert "Sicherheitskräfte" hielten

die in die Kathedrale drängenden Trauernden in Schach. Während Fresno drinnen vor sechstausend Zuhörern die Messe las, beschloß die Polizei diejenigen, die in der überfüllten Kathedrale keinen Platz mehr gefunden hatten und die Predigt über Lautsprecher verfolgten, mit Tränengas.

Dennoch konnte Fresno sich einmal mehr nicht aufrufen, die Täter beim Namen zu nennen und erging sich in allgemeinen Phrasen über die Sinnlosigkeit von Gewalt. Seine Worte gingen in den "Gerechtigkeit, Gerechtigkeit"-Rufen der Menge unter und als Fresno noch mit seiner Würde rang und die Zuhörer aufforderte, für die Toten zu beten, drang die Polizei bereits in die Kathedrale ein, so daß Fresno - wohl zum ersten Mal in seiner Laufbahn - die Messe abbrechen mußte.

Deutlichere Worte fanden dagegen andere Kirchenvertreter. Generalvikar Cristian Precht, der auf dem von 10000 Menschen besuchten Begräbnis sprach, gab seiner Hoffnung Ausdruck, der gemeinsame Dienst am Menschen, der über alle ideologische Grenzen hinweg und unter tiefem Respekt für die Weltanschauung des anderen im Solidaritätsvikariat ausgeübt worden sei, werde im Sinne José Manuel Paradass weitergeführt und sprach dem KP-Mitglied ausdrücklich einen Platz im Himmel zu. Der Rektor des Seminars Miguel Ortega verglich Parada während der Totenwache sogar mit Jesus, indem er zwischen der Entführung Paradass und der Verhaftung Jesus in Gethsemane eine Parallele zog.



Zehntausende folgen den Särgen auf dem Weg zum Friedhof



"Jedes Kind hat das Recht, unter dem Schutz seiner Eltern zu leben." Genf, November 1959. Transparent an der Kathedrale in Santiago

PINOCHET WÄSCHT SEINE HÄNDE IN UNSCHULD

Aufgeschreckt vom Ausmaß der Empörung, brachen innerhalb der Junta die alten Spannungen wieder auf. Das Regime sah sich gezwungen eine öffentliche Untersuchung einzuleiten und Pinochet sprach gar in aller Öffentlichkeit von einem "abscheulichen Verbrechen". Auf diese Weise versucht das Regime, den Tatverdacht auf rechtsextremistische Kreise außerhalb des Staatsapparats zu lenken, und die gleichgeschaltete Presse betete diese Version willig nach.

Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß die Morde ohne Billigung oder Duldung des alles kontrollierenden und Pinochet direkt unterstellten Geheimdiensts CNI begangen wurden. Wer außerhalb der Geheimdienste kann schon unter den Augen der Polizei eine Entführung begehen, und wie weit kommt ein Privatfahrzeug ohne Nummernschilder? Bestenfalls kann man diskutieren, ob die Täter auf Befehl von oben oder auf eigene Faust gehandelt haben. Sollte letzteres der Fall sein, so zeigt dies nur, wer im Staate Chile das Sagen hat. Hätte die Position von Luftwaffenchef Matthei tatsächlich eine Basis innerhalb der Streitkräfte und des Staatsapparats, könnte CNI-Boß Gordon seinen Schergen nicht derart freien Lauf lassen. Matthei's Forderung nach einer lückenlosen Aufklärung der Vorfälle ist denn auch gleich bei seinen Juntakollegen Merino und Mendoza, die von Pinochet immer dann als Sprachrohr benutzt werden, wenn der Kapitän General sich aus Gründen politischer Opportunität bedeckt halten will, auf heftige Kritik gestoßen.

Nach den Erfahrungen mit der Ermordung des Gewerkschaftsführers T. Jiménez, kann man davon ausgehen, daß die Untersuchungen einmal mehr im Sande verlaufen werden. Schlimmstenfalls wird erneut ein "fall guy" wie der für die "Psychopatenmorde von Vina" verantwortlich gemachte Topp Collins (LN 135) dran glauben müssen.

STEHT DIE EINIGUNG DER OPPOSITION BEVOR?

Am 11. April fand wiedere einmal ein Protesttag statt, nun schon der dritte seit Verhängung des Belagerungszustands. Er erfüllte zwar nicht ganz die Erwartungen, die man in ihn nach den Manifestationen anlässlich der Begräbnisse gesetzt hatte, zeigte aber doch, daß es der Diktatur auch nach einem halben Jahr Belagerungszustand noch immer nicht gelingt das Volk unter Kontrolle zu bringen. Unter militärischer Besatzung Santiagos waren auch diesmal wieder die schon bei früheren Anlässen aufgetretenen Charakteristika zu verzeichnen: Eher spärliche Beteiligung im Zentrum, wo um die Mittagszeit traditionell die Mittelschichten demonstrierten und brennende Barrikaden am Nachmittag und Abend vor den Universitäten und in den am meisten radikalisierten Elendsvierteln La Victoria und Pudahuel.

Der MDP-orientierten Opposition ist es gelungen, ein hohes Maß an Massenmobilisierung in den Zentren des Widerstands trotz des Belagerungszustands aufrechtzuerhalten, während ein Übergreifen auf die Mittelschichten unter diesen Bedingungen offensichtlich nur unzureichend möglich ist. Dies kann sich aber unter Umständen schon in naher Zukunft ändern, denn als Konsequenz der Ereignisse der letzten Wochen ist es zwei Tage nach dem Protesttag endlich zu einer gemeinsamen Erklärung führender Oppositionspolitiker gekommen. In einem unter anderem von Gabriel Valdés (DC/AD) Ricardo Lagos (PS/AD/BS), José Sanfuentes (KP/MDP) und Rafael Marotto (MDP/MIR-Sprecher) unterzeichneten Dokument heißt es, daß die Unterzeichnenden angesichts der Vorfälle bereit seien, ihre politischen Differenzen zurückzustellen und sich gemeinsam für die Erreichung der Demokratie einzusetzen. Ein ähnliches Papier wurde auch von den Jugendorganisationen der demokratischen Oppositionsparteien verabschiedet.

Dies ist um so überraschender, als es vor wenigen Wochen noch so aussah, als würde sich innerhalb der Christdemokraten der rechte Flügel um Hamilton und Duprés, der jegliche Zusammenarbeit mit dem MDP ablehnt, durchsetzen. DC-Präsident Valdés war Anfang März bereits für zwei Tage zurückgetreten, weil er dem Druck der Parteien, die eine Verständigung mit der Junta anstreben, nicht mehr standzuhalten glaubte, und konnte nur nach massiver Intervention seiner Gefolgsleute zum Bleiben bewegt werden.

Die jetzige Entwicklung läßt hoffen, daß sich die Mehrheit der Christdemokraten nun doch endlich durchgerungen hat, den Weg der Massenmobilisierung mitzubeschreiten, da die Aussichten auf eine Übereinkunft mit den Militärs auch in ihren Augen endgültig bei Null angelangt sind. Inwieweit es gelingt, diese zunächst formelle Übereinkunft in tatsächliche Aktionen umzusetzen, muß vorerst noch dahingestellt bleiben. Innerhalb der Linken wird die Forderung nach einem erneuten Generalstreik lauter. Soll dieser unter den gegenwärtigen Bedingungen Aussicht auf Erfolg haben, wird es eher über die eher lahme Solidariserungserklärung hinausgehenden Beteiligung der Demokratischen Allianz bedürfen.

BRASILIEN

Demokratie im Koma

Als am 15. März nach 20 Jahren Militärrherrschaft der erste zivile Präsident vereidigt werden sollte, passierte das Unvorhersehbare - er wurde plötzlich schwer krank. Vermutlich war seine Krankheit in Wirklichkeit nicht so unvorhersehbar, doch versuchte der am 15. Januar in einem Wahlkollegium gewählte Präsident unter allen Umständen zumindest den ersten Schritt seines schwierigen politischen Balanceaktes zu erreichen, die Schaffung einer neuen Regierung.

Noch am Vorabend der Vereidigung wurde Tancredo's Krankheit so akut, daß er operiert werden mußte. Während Ärzte und Politiker Optimismus bezüglich seiner baldigen Genesung ausstrahlten, folgten bald weitere Operationen. Inzwischen ist fast der gesamte Organismus des 75-jährigen (es sollen Dokumente einer früheren ärztlichen Behandlung gefunden worden sein, die belegen, daß er 82 Jahre alt sei;) , Darm, Nieren, Lungen u.a. in Mitleidenschaft gezogen. Am 12.4. wurde Tancredo zum 7. Mal innerhalb von 29 Tagen operiert und ist seither, an künstliche Niere und Atemgerät angeschlossen, bewußtlos.

Inzwischen gilt sein Gesundheitszustand als hoffnungslos, nach Ansicht von Ärzten ist er nur noch durch ein Wunder zu retten. Aber selbst wenn er diese Krise noch überleben sollte, gibt es wenig Aussicht, daß er das Präsidentenamt noch antreten kann.

DIE SCHAFFUNG EINER "NEUEN REPUBLIK"

Seit der Wahl von Tancredo Neves am 15. Januar zum Präsidenten haben sich in Brasilien viel Hoffnung und große Erwartungen auf die "Neue Republik", wie Tancredo selbst sie nennt, entwickelt. Wenngleich er nicht vom Volk direkt gewählt worden ist, wie es vor einem Jahr noch von Millionen von Brasilianern gefordert wurde, so konnte er sich doch bald die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung sichern.

Was allerdings sehr viel schwieriger zu sein schien, war die Sicherung der unterschiedlichen politischen Interessengruppen. War doch Tancredo's Wahl nur deshalb im Wahlkollegium zustande gekommen, weil Teile der alten Regierungspartei PDS diese verlassen hatten und sich als "Frente Liberal" mit Tancredo's oppositioneller PMDB zu einer "Aliança Democrática" zusammenschloß (siehe LN 134).

Die schwierige Aufgabe des neugewählten Präsidenten bestand nun darin, die unterschiedlichen politischen Strömungen angemessen an der Macht zu beteiligen. Nicht nur galt es, verschiedene Flügel innerhalb der eigenen Partei zufrieden zu stellen sondern auch einen quasi-Koalitionspartner, der aus Politikern besteht, die vor weniger als einem Jahr noch alle der Regierung oder zumindest der Regierungspartei angehörten. Sei es der eigene Vize, der bis im August letzten Jahres noch Vorsitzender der Regierungspartei war oder Aureliano Chaves, Vize-Präsident von Figueiredo und heute Minister im neuen Kabinett.

Das lange Verhandeln und die vorsichtige Ausbalancierung der politischen Gewichte führte dazu, daß die Kabinettsliste praktisch erst unmittelbar vor dem 15. März fertiggestellt wurde. Das Ergebnis trägt stark Tancredo's

Tancredo, ein Rekord im Planalto.

Die brasilianische Verfassung behält dem Vize-Präsidenten der Republik einen einzigen Auftrag vor: den Präsidenten zu ersetzen, im Falle, daß diese Stelle vakant wird. Falls der Gouverneur Tancredo Neves die Wahlen gewinnt, wird er im kommenden März mit vollendeten 75 Jahren sein Amt antreten. Er wird nicht nur der älteste der gewählten Präsidenten sein, sondern erreicht die Regierung älter als alle seine Vorgänger, sogar zum Ende ihrer Mandate. Tancredo Neves ironisiert alle Betrachtungen über sein Alter: "Der Kanzler Konrad Adenauer baute Deutschland mit über 70 Jahren wieder auf, und der junge Nero legte mit 27 Jahren in Rom Feuer". Dennoch hat sein Vize-Präsident, der Senator José Sarney, 20 Jahre jünger als er, eine hohe statistische Wahrscheinlichkeit das Amt zu übernehmen.

(aus: VEJA, 8. August 1984)

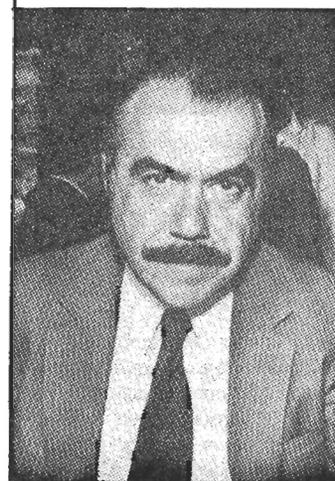
Handschrift und gilt als sein persönliches Verdienst. Noch nicht definiert sind indessen die meisten Positionen auf der 2. und 3. Ebene in Verwaltung und Regierung, die ebenfalls nach politischen Kriterien vergeben werden. Hierbei wird nun der Vize-Präsident Sarney seinen ersten Test als Regierungschef erfahren.

Am 15. März ist Sarney termingerecht als Vize-Präsident vereidigt worden. Niemand in Brasilien wollte den Verdacht aufkommen lassen, daß eine durch Tancredo's Krankheit verursachte Verschiebung der Amtsübernahme der neuen Regierung die Demokratisierung in Gefahr bringen könnte. Seither ist Sarney mit der Führung der Amtsgeschäfte betraut. Während sich dies in den ersten Tagen eher als eine Formalität darstellte, ohne daß Entscheidungen getroffen wurden, so änderte sich dies zunehmend in dem Maße, in dem sich der Gesundheitszustand von Tancredo verschlechterte und die Aussicht auf eine baldige Übernahme des Amtes durch ihn geringer wurde.

Dennoch bleibt Sarney unsicher, denn seine Position ist schwach. Nicht nur fehlt ihm die entsprechende Unterstützung in der Bevölkerung, wie sie Tancredo z.B. hat; auch ist seine Position innerhalb der "Aliança Democrática" umstritten. Schon zu Beginn des Duos Tancredo/Sarney gab es in der PMDB Widerstand gegen Sarney und dessen allzu raschen Wechsel der politischen Seiten (siehe Kasten S.31). Darüber hinaus gibt es auch Rivalen in eigenen Lager der "Frente Liberal", die ursprünglich von Aureliano Chaves angeführt wurde, nach Sarney's Überlaufen aber von diesem ausgebootet wurde. Sarney hat also nicht nur die schwierige Aufgabe, Tancredo's politischen Kompromiß zusammenzuhalten und in praktische Politik umzusetzen, sondern er muß sich auch gegen das negative Image des politischen Opportunisten durchsetzen.

DAS NEUE KABINETT

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts ist zuerst und vor allem ein Spiegel von Tancredo's Personalpolitik. Sie reflektiert die erhaltene Unterstützung zur Erreichung der Präsidentschaft und schlägt sich in der Belohnung durch Minister- oder anderer wichtiger Posten nieder. Dabei ist zu beobachten, daß der Nordosten des Landes, der die letzte politische Bastion des alten Regimes war, stark in der neuen Regierung vertreten ist. Nicht zuletzt als Ausgleich für die wichtige Rolle, die die Gouverneure der Nordost-Staaten bei Tancredo's Wahl gespielt haben.



José Sarney, 55 Jahre, Großgrundbesitzer aus dem Bundesstaat Maranhão; Politiker, der seine Karriere innerhalb der Diktatur seit 1964 gemacht hat; 1965 - 70 Gouverneur von Maranhão; Seit 1974 Senator, zunächst für die ARENA, später für ihre Nachfolgerin, die PDS; Konservative und eher farblose Figur im Regierungslager; Zuletzt bis Juli 1984 PDS-Fraktionsvorsitzender im Senat und PDS-Parteivorsitzender!

August 1984 Überlaufen zur "Frente Liberal" und Kandidatur als Vize-Präsident; Am 15. Januar 1985 indirekte Wahl im Wahlkollegium zum Vize-Präsidenten von Tancredo Neves; Am 15. März 1985 Vereidigung als Vize-Präsident der Republik; Übernahme der Amtsgeschäfte.

Was die ideologische Verteilung der Posten betrifft, so ist die "Linke" sehr schwach vertreten, obwohl sie nicht völlig ausgeschaltet wurde. Sie hatte Tancredo freilich auch nicht sehr stark oder gar nicht unterstützt. Neben der PT gab es auch eine Gruppe von PMDB-Abgeordneten, die für sofortige Direktwahlen eintrat und deshalb auch Tancredo's Wahl im Kollegium ablehnten. Dies geschah weniger aus politischer oder persönlicher Opposition zu ihm (das allerdings auch), sondern vor allem wegen der Art seiner Wahl, nämlich der indirekten. Wenn also Tancredo seine Regierung "der Mitte" oder "liberal-konservativ" bezeichnet, so müßte die Betonung vor allem auf "konservativ" liegen.

ERSTE POLITISCHE LICHTBLICKE

Inzwischen machen sich dennoch die ersten Anzeichen einer Veränderung der politischen Landschaft in Brasilien bemerkbar. Z.B. gab es eine Maßnahme des alten, autoritären Regimes, die "sublegenda", die darauf abzielte, die politische Mobilität zwischen den Parteien zu verhindern und drohte, jenen Parlamentariern das Mandat zu entziehen, die die Partei wechseln wollten. In der

Praxis ist dies zwar schon bei der Präsidentenwahl mißachtet worden, doch nun ist die "sublegenda" auch offiziell abgeschafft.

Auch wurde bereits eine "Interparteiliche Kommission" gegründet, die den politischen Weg für eine Verfassungsgebende Versammlung freimachen soll. Mit der neuen Verfassung sollen vor allem die Direktwahlen zum Präsidenten wieder etabliert werden, sowie eine Reihe von autoritären Maßnahmen aus der Zeit der Militärdiktatur revidiert werden.

Bewegung ist auch in die Parteienlandschaft gekommen. Die ehemaligen PDS-Dissidenten haben sich nun auch als Partei konstituiert, der PFL (Partido da Frente Liberal). Damit ist der Anfang einer Neuordnung des brasilianischen Parteiensystems gemacht, der möglicherweise über die Gründung der PFL hinausgeht und auch die schon bestehenden Parteien betreffen kann. Die Abschaffung des Fraktionszwanges kann dazu führen, daß sich z.B. die Zusammensetzung der noch immer in "Malufistas" und "Antimalufistas" gespaltenen PDS noch weiter verändert, da letztere nun auch noch einen Anschluß an den Regierungszug suchen. Aber auch die PMDB mit ihrem breiten politischen Spektrum der ehemaligen Oppositionsgruppierungen wird möglicherweise eine innerparteiliche Umstrukturierung erfahren.

ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Wie es nun mit der "Neuen Republik" politisch weitergeht, ist im Moment noch unklar. Zwar definiert die brasilianische Verfassung, was zu geschehen hat, wenn der Posten des Präsidenten "vakant" wird, strittig ist aber unter Juristen die Frage, ob ein Vize-Präsident Präsident werden kann, wenn es juristisch gar keinen Präsidenten gibt. Denn dieser ist zwar gewählt, aber noch nicht vereidigt.

Doch im Moment geht es in Brasilien weniger um juristische Details, wesentlich sind vielmehr die politischen Entscheidungen, die notwendig sind, um die gegenwärtig unklare Situation zu definieren. Zwar ist laut gültiger Verfassung der Präsident noch immer indirekt zu wählen, doch besteht weithin Konsens darüber, daß der nächste Präsident vom Volk direkt gewählt werden soll. Unklar ist aber noch, wann dies geschehen soll.

Da man inzwischen davon ausgeht, daß Tancredo wohl kaum noch die Präsidentschaft übernehmen wird, werden folgende

Überlegungen diskutiert: Sarney soll das Amt übernehmen und eine "Constituente" (Verfassungsgebende Versammlung), sowie Direktwahlen vorbereiten. Daß dies in diesem Jahr noch geschehen wird, ist unwahrscheinlich. Im November 1986 sind aber ohnehin Parlaments- und Gouverneurswahlen, so daß mit diesen zusammen ein neuer Präsident gewählt werden könnte.

Dies sind Vorschläge, die sowohl aus der PMDB, als auch aus der PFL kommen und haben damit gute Chancen realisiert zu werden. Dennoch gibt es hierbei Unsicherheitsfaktoren. Wäre Sarney nämlich als Präsident anerkannt, wäre laut Verfassung er es selbst, der dem Parlament die Verkürzung seines eigenen Mandates von derzeit 6 Jahren auf 2 Jahre vorzuschlagen hätte, und dem der Kongreß (Abgeordnetenhaus und Senat) mit mindestens 2/3-Mehrheit zustimmen müßte. Ob Sarney dies auch tatsächlich tun würde, weiß niemand. Trotzdem wirbt der PMDB-Vorsitzende Ulysses Guimarães in der eigenen Partei dafür, Sarney die volle Unterstützung zu geben, um ein politisches Vakuum zu vermeiden. Die PFL hingegen würde sogar noch früher Direktwahlen akzeptieren, nicht zuletzt deshalb, weil eine der führenden Persönlichkeiten dieser Partei, der Ex-Vize-Präsident und jetzige Minister für Energie- und Bergbau, Aureliano Chaves, schon seit längerem persönliche Ambitionen für dieses Amt hegt.

Aber es gibt noch einen weiteren Unsicherheitsfaktor in den Überlegungen der politischen Strategen. Verfügt die PMDB, und sicherlich auch bald die PFL, über einen starken Parteiapparat, so verfügen sie kaum über charismatische Persönlichkeiten. Und diese sind bei Wahlen in Brasilien nach wie vor wichtig. Wenn es aber um charismatische Politiker geht, dann taucht immer schnell der Name Leonel Brizola auf, sozialdemokratischer Gouverneur von Rio de Janeiro.

Er wäre ein ernstzunehmender Kandidat, der recht populär ist, doch weder bei den politischen Eliten und schon gar nicht bei den Militärs Unterstützung hat. Letztere haben, obwohl inzwischen grundsätzlich für Direktwahlen, ausdrücklich vor Brizola gewarnt. Es ist daher anzunehmen, daß unter den jetzt Regierenden eine Formel gefunden wird, die ihre Position möglichst sichert und - unter demokratischem Vorzeichen - Außensternern wie Brizola das Mitspielen möglichst erschwert.

Insgesamt ist aber nicht zu erwarten, daß in Brasilien in naher Zukunft große politische Veränderungen statt-

finden. So unsicher die allgemeine Situation durch Tancredo's Krankheit auch erscheinen mag, die starken politischen Gruppen haben sie - weitgehend unter Ausschluß der Bevölkerung - gut unter Kontrolle. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß der Demokratisierungsprozeß im Land sogar noch beschleunigt wird. Denn zum einen kann durch die gegenwärtige Situation die Frage der Direktwahlen wieder neue Aktualität gewinnen. Die sich selbst als demokratisch bezeichnende Regierung könnte dadurch gezwungen werden, die Legitimität ihres Anspruches unter Beweis zu stellen und der Forderung schon bald nachzukommen.

Andererseits führt das Fehlen einer alles integrierenden Führerfigur offensichtlich zur Stärkung der demokratischen Institutionen, insbesondere des Parlaments. Somit kann die Krankheit von Tancredo Neves zur Gesundung der brasilianischen Demokratie beitragen.

Quellen: Senhor; Isto É; Veja; Folha de São Paulo



Hoffnung auf Genesung für Tancredo und die neue Republik

Die "Neue Republik" im alten Gewand

Obwohl die brasilianische Republik schon fast 100 Jahre alt ist, wechselten sich immer wieder demokratische und autoritäre Phasen ab. Aber auch die Demokratie tut sich schwer. Sie hat Merkmale, die oft als besonders positiv dargestellt werden, sich in der Praxis aber als besonders problematisch erweisen.

Die Präsidenten-Persönlichkeit: Besonders die Zeit seit der Revolution von 1930 verdeutlicht den Hang der Brasilianer zu einer starken Führerpersönlichkeit als Präsident. Obwohl Getúlio Vargas z.B. von 1937 bis 1945 als Diktator regiert hatte, wurde er 1950 erneut zum Präsidenten gewählt, obwohl er eine sehr schwache Parteienbasis hatte. Seine charismatische Ausstrahlung indessen war unbestritten. Ebenso waren Juscelino Kubitschek (1956-1961) und João "Jango" Goulart (1961-1964) starke Führerpersönlichkeiten.

Lediglich das autoritäre Regime nach 1964 konnte auf den Aspekt der Persönlichkeit des Präsidenten verzichten, da zu ihrer Zeit des Volkes Meinung ohnehin nicht gefragt war.

Ansonsten wurde der Persönlichkeit eines Präsidenten immer Priorität vor der politischen Partei, die er repräsentiert eingeräumt, seiner persönlichen Ausstrahlung und Rhetorik Priorität vor einem politischen Programm.

Tancredo Neves hatte beste Aussichten, diese alte Tradition wieder neu zu beleben.

Der Konsens: Die brasilianische Geschichte zeigt ebenfalls eine fast zwanghafte Suche nach dem politischen Konsens. Teilweise bedingt durch das Wahlsystem entstanden manchmal paradoxe Situationen: z.B. wurde 1950 Getúlio Vargas überlegen zum Präsidenten gewählt, doch seine eigene Partei erhielt nur 17% der Parlamentssitze. Die Folge: die Mehrheit seiner Minister waren von der UDN, der Partei seines Gegenkandidaten.

Dieser Hang zum Konsens reflektiert aber nicht notwendigerweise eine breite Übereinstimmung in politischen Fragen, sondern zeigt vor allem eine Unfähigkeit zum Dissens und einer demokratischen Auseinandersetzung über politische Unterschiede. Darüber hinaus impliziert der breite Konsens die Neigung der gesellschaftlichen Eliten zum politischen und ökonomischen Überleben durch Verteilung und Sicherung bestimmter Positionen.

Auch hierin zeigt sich die "Neue Republik" wenig demokratisch.

Die Kontinuität: Als 1945 Vargas als Diktator abgesetzt wurde und die Demokratisierung begann, war es vor allem die Kontinuität, die das neue Regime prägte. Auch in den nachfolgenden Jahren wurde immer wieder die Kontinuität als Ziel herausgestellt. Erst das 64er Regime hat bewußt diese Kontinuität gebrochen, freilich mit autoritären Mitteln. Doch als der Begriff "Abertura" auftauchte und über 10 Jahre hinweg zum Versprechen einer besseren politischen Zukunft des Landes benutzt wurde, da wurde vom Regime immer wieder deutlich gemacht, daß es radikale Veränderungen nicht geben dürfe. Diesem Diktat hat sich auch die frühere Opposition und jetzige Regierung unterworfen und es positiv "Kontinuität" genannt, und zwar so, als gelte es, etwas Positives zu konservieren.

Auch dies zeigt die Unfähigkeit der politischen Führung zur Diskontinuität - wo sie doch nach einer in 20 Jahren abgewirtschafteten Diktatur so nötig wäre. Politische Gruppierungen oder Parteien, wie z.B. die PT, die für grundlegende Veränderungen in Politik und Wirtschaft eintreten, werden als "Radikale" diskriminiert und marginalisiert.

Die Kontinuität der "Neuen Republik" wird am deutlichsten in ihrer personellen Besetzung: Politiker, die vor kurzem noch das alte Regime repräsentiert haben, repräsentieren nun diese "Neue Republik".

GUATEMALA

Friedliche Bewegung wird mit Gewalt bekämpft

Randmeldung in der Neuen Züricher Zeitung: "Ciudad de Guatemala 31. März: Ein aktives Mitglied eines guatemalteckischen Verbandes von Angehörigen verschwundener Personen, ORLANDO GOMEZ, ist am Sonntag südlich von Guatemala ity ermordet und verstümmelt aufgefunden worden. Ein Sprecher der "Grupo de Apoyo Mutuo" (Gruppe für gegenseitige Hilfe), der GOMEZ angehörte, teilte mit, GOMEZ sei am Samstag nach einer Sitzung der Gruppe auf dem Weg zu seinem Wohnort Amatitlán im Süden der Hauptstadt von bewaffneten Männern entführt worden. GOMEZ sei die Zunge herausgerissen und der Schädel eingeschlagen worden. Die Leiche habe ferner Verbrennungen aufgewiesen. Bereits am vergangenen Sonntag hätten mehrere bewaffnete Männer, bei denen es sich um Polizisten gehandelt habe, versucht, GOMEZ aus seinem Haus zu entführen, sagte der Sprecher, der die Sicherheitsdienste der Regierung für den Mord verantwortlich machte. Der Bruder des Opfers, René Arnaldo Gómez, sei 1983 von der Armee entführt worden und werde seitdem vermißt." (NZZ 3.4.1985).

In der Januarnummer der Lateinamerika Nachrichten wurde bereits ausführlich über die Grupo de Apoyo Mutuo (GAM) berichtet. Die Gruppe entstand Anfang Juni 1984 mit etwa 50 Angehörigen guatemalteckischen Verschwundener. Nach eigener Aussage schließt die Gruppe Frauen und Mütter von verschwundenen Studenten, Akademikern, Bauern, Arbeitern und Verschwundenen anderer sozialer Schichten ein und umfaßt heute etwa 350 Personen. Der Kampf der Grupo de Apoyo Mutuo ist nicht direkt politisch, sondern menschlich mit tiefer christlicher Empfindung. Folgende Chronologie gibt eine Übersicht über die Aktionen der GAM.

CHRONOLOGIE DES GRUPO DE APOYO MUTUO

- | | |
|------------------|---|
| Juni 1984: | 50 Angehörige Verschwundener aus allen Schichten, vor allen Dingen Frauen, Ladinas und Indigenas gleichermaßen, schlossen sich zum Grupo de Apoyo Mutuo zusammen. |
| Juli 1984: | Dokumentationen über Fälle von Verschwundenen werden in der Presse veröffentlicht. |
| 10. August 1984: | Erste Audienz mit Mejía Victores mit der Anklage, daß 16 der 100 Personen, die die Gruppe nannte, von Sicherheitskräften entführt worden seien. |

12. Oktober 1984: 30 Km- Demonstration - die erste Demo in Guatemala seit 4 Jahren- zum Nationalpalast, um Mejía Victores an sein Versprechen zu erinnern, die 16 illegal Gefangengehaltenen freizulassen. Dieser Marsch erhält internationale Unterstützung.
14. November 1984: Friedliche Besetzung der Nationalversammlung.
- 19./20. November 1984: Weitere Treffs mit Mejía Victores, denen die Gruppe detaillierte Daten über geheime Gefängnisse präsentierte und drohte, diese zu veröffentlichen, würden die illegalen Gefangenen nicht freigelassen, die sich im bekannten "geheimen Gefängnis 158" befinden.
29. November 1984: Weitere Audienz bei Mejía Victores. Die Gruppe forderte die Auslieferung des Ex-Innen-Ministers: Donaldo Alvarez Ruiz, den sie für den größten Teil der Repression unter Lucas García verantwortlich macht. Mejía Victores versprach, spätestens am 8. Dezember Informationen herauszugeben, jedoch war das einzige Ergebnis dieses Versprechen: eine erneute Repressionswelle.
5. Dezember 1984: Pressekonferenz.
8. Januar 1985: 200 Angehörige des Grupo de Apoyo Mutuo protestierten vor der U.S.A. Botschaft in Ciudad de Guatemala gegen die Wirtschafts- und Militärhilfe der Reagan Regierung, und forderten eine Einstellung jeglicher Hilfe, solange die Menschenrechte in Guatemala nicht respektiert werden. (Siag 18.01.1985)
- Februar 1985: Todesdrohungen an Mitglieder des Grupo de Apoyo Mutuo von seiten der Todesschwadronen häufen sich, da GAM die einzige noch legal arbeitende Gruppe in Guatemala ist. (General-Anzeiger 12.3.1985)
22. Februar 1985: Protestveranstaltung gegen die Drohungen in der Hauptstadt.

31. März 1985: ORLANDO GOMEZ, aktives Mitglied des GAM, wird tot aufgefunden.
9. April 1985: Ostermontag folgten Morde an einer 24jährigen Frau, ihrem 18jährigen Bruder und ihrem 3jährigen Kind, Mitglieder der Grupo de Apoyo Mutuo. (TAZ 9.4.1985)

Die Chronologie macht deutlich, daß die guatemalteckische Regierung nun auch die Repression gegen diese letzte legal arbeitende Organisation verschärft und auch vor Folter und Mord an Mitgliedern des Grupo de Apoyo Mutuo (GAM) nicht zurückschreckt. Für die Militärregierung, die sich nur durch rücksichtslose Gewalanwendung zur Einschüchterung des Volkes an der Macht halten kann, stellt eine auf friedlicher Basis gegen die Menschenrechtsverletzungen arbeitende Gruppe eine Bedrohung dar. Im Gegensatz zur bewaffneten Befreiungsbewegung, der die Militärs mit den vertrauten Mitteln der Waffengewalt entgegentreten können, zeigen sie sich unfähig, mit friedlichem Protest anders als durch Morde fertigzuwerden.

Doch es wird schwierig für die Generäle sein, eine wachsende Zahl von Morden an Mitgliedern der GAM auf internationaler Basis zu rechtfertigen, da die Gruppe vorwiegend aus Müttern von Verschwundenen, also direkt von der Repression Betroffenen besteht, denen eine ideologische, subversive oder terroristische Unterwanderung nicht glaubwürdig zu unterstellen ist.

Bei 35.000 Verschwundenen seit 1966 stellt das Thema "Verschwundene" in Guatemala ein politisches Problem dar, einen organisierten Protest gegen die wachsende Zahl von Entführungen und Verschwindenlassen begreift die Regierung, die "Mord als Regierungsprogramm" (ai) praktiziert, als direkten Angriff. Schon von daher ist es den Militärs ein Anliegen, jede Volksbewegung in dieser Richtung zu unterdrücken.

Durch die Arbeit in der Grupo de Apoyo Mutuo verstehen die Menschen, daß ihre Probleme gemeinsam sind, und daß sie nur gemeinsam gelöst werden können, und für viele Menschen in Guatemala ist die Aktivität in der Gruppe die erste Gelegenheit, ihren Anliegen Ausdruck zu verleihen. Das Problem der Verschwundenen verbindet Menschen aus allen Schichten, und es wird für die Überwindung der Schranken zwischen Mestizen und Indianern eine Basis geschaffen. Auf Grund der gegenseitigen Solidarität und des neu erfahrenen Gefühl von Gemeinschaftlichkeit kann langfristig auch die Angst vor der staatlichen Repression abgebaut werden, die derzeit jegliche Bürgerinitiative gegen Ungerechtigkeiten lähmt.

Im Erwachen eines Gefühls von Solidarität zwischen den Bürgern, egal welcher Schicht oder Rasse, das langfristig eine neue Auffassung von

Gemeinschaft als politisches Mittel gegen Gewaltherrschaft bedeutet, sieht die Militärregierung eine akute Bedrohung ihrer Machtstellung. Bewundernswert ist auch, daß es- zum ersten Mal in der Geschichte Guatemalas- vor allen Dingen Frauen sind, die den Mut haben, an die Öffentlichkeit zu treten- vielleicht kann das zu einer Änderung der Stellung der Frau in Guatemala, die bis jetzt als unpolitisch abgestempelt war, führen.

Bemerkenswert ist auch, daß gerade nach der Protestaktion vor der US-Botschaft, wo die Guatemala-Politik Reagans kritisiert wurde, die ersten Todesdrohungen gegen Mitglieder des GAM eintrafen, und bald darauf der Mord folgte...

Damit die GRUPO DE APOYO MUTUO (GAM) wichtige Arbeit fortsetzen kann und eine hoffnungsvolle Zukunftsperspektive in der Situation Guatemalas darstellen kann, braucht sie vor allen Dingen:

"INTERNATIONALE SOLIDARITÄT UND FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG".

Quellen: Noticias de Guatemala, Siag, Mittelamerika Magazin, Neue Züricher Zeitung, TAZ, Ides, Guatemala Komitee Berlin.

Spendet auf das Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft
5000 Köln 41
(BLZ 370 101 11)

Konto: 1241 575 0000



Demonstration in Guatemala-Stadt am 12. Oktober 1984

KOLUMBIEN

Drogenhandel und "Narcoguerrilla" (I)

DIE SICHTBARE UND DIE UNSICHTBARE MAFIA KOLUMBIENS

KOKAIN, die "schicke" Droge, "ist ein Instrument um besser zu leben, mit mehr Energie, ohne schnell zu ermüden, mit einem Enthusiasmus, der nie zu enden scheint. Es ist eine Droge für Sieger, für Leute, die ihr Leben mit der größtmöglichen Intensität leben wollen". So das Magazin "Cambio 16" aus Madrid, das sich der Verbreitung des Kokains unter der spanischen Schickeria widmet. Von einem Journalisten der New Yorker Wochenzeitung "Village Voice" auf den Drogenhandel angesprochen, bezeichnet Gabriel García Marquez diesen als "Teil eines Selbstverteidigungsmechanismus der Kolumbianer" in einer "Situation, in der sich jeder verteidigt wie er kann, gewillt nicht Hungers zu sterben." "Wer weiß wo unser Land sich ohne die Drogen befände, welchen Grad der Kriminalität wir hätten, wenn es den Spielraum zum Atmen nicht gäbe, den der Drogenhandel geschaffen hat."

García Marquez bezieht sich auf den ökonomischen Aspekt des Marihuana- und Kokainhandels, der im Laufe der 70er Jahre - von den Präsidenten López und Turbay toleriert - erblühte und reichlich Devisen ins Land brachte. Seit am 30. April 1984 der kolumbianische Justizminister Rodrigo Lara Bonilla von der Mafia ermordet wurde, hat Präsident Belisario Betancur den Drogenhändlern am Grabe des Ministers den "Krieg" angesagt und den Ausnahmezustand über das Land verhängt. Die Bilanz des Antidrogenkampfes im Jahre 1984: 2500 Verhaftungen; 268 Laboratorien zur Kokainveredelung, 22 Millionen Marihuana-pflanzen und 180 Kokapflanzungen vernichtet, sowie 4 angeklagte Mafiosi nach Miami ausgeliefert. Jenseits dieser Erfolgsmeldungen vollzogen sich in den letzten 12 Monaten eine Reihe von Ereignissen, die die Dimension des Drogenhandels schlaglichtartig beleuchten:

- am 30. April 1984 wird der in der Regierung exponierteste Kämpfer gegen die Kokain-Mafia, der Justizminister Rodrigo Lara, auf der Straße erschossen. Die Schlagzeile der größten kolumb.

Tageszeitung am nächsten Morgen: "Die Narcoguerrilla ermordete Lara Bonilla".

- Ende Mae trifft sich zuerst der liberale Ex-Präsident López und wenig später der Generalstaatsanwalt Kolumbiens, Carlos Jiménez, mit flüchtigen Mafia-Größen in Panama. Es stellt sich die Frage, ob es nach den "Friedensverhandlungen" mit der Guerrilla auch zu Verhandlungen mit der Mafia kommt. Ihr Angebot, bei verständlicher Einigung jährlich 3 Mrd. Dollar als Beitrag zur Tilgung der Auslandsschulden der nationalen Wirtschaft zukommen zu lassen, wird von der kolumbianischen Öffentlichkeit entrüstet zurückgewiesen.

- die spanische Polizei deckt eine "Kokain-Connection" via kolumbianische Botschaft in Madrid auf. Verschiedene Diplomaten der Botschaft, ein spanischer Journalist, sowie der Pressesekretär des Präsidentenpalastes in Bogotá werden wegen Kokainschuggels in der Diplomatenpost festgenommen. Gegen die stellvertretende Außenministerin wird eine Untersuchung eingeleitet.

- als der Drogenhändler und Präsident des Medelliner Fußballclubs "Atlético Nacional", Hernán Botero, an die USA ausgeliefert werden soll, droht die nationale Fußballliga mit einem Spielboykott. Schließlich wird doch gespielt und Botero nach Intervention von Belisario Betancur ausgeliefert.

- im November 1984 kommt bei einem Bombenanschlag gegen die US-Botschaft in Bogotá eine Frau zu Tode. Die Mafia kündigt allen in Kolumbien agierenden US-Beamten und Einrichtungen den Krieg an. Für jeden ausgelieferten Kolumbianer sollen 5 US-Diplomaten, CIA- und DEA-Agenten (DEA = Drug Enforcement Administration) "exekutiert" werden. US-Botschafter Lewis Tams, Zögling des republikanischen Rechtsaußen Senator Jesse Helms, wird aus der Schußlinie genommen und verschwindet "vorübergehend" ins Ausland. 17 weitere US-Beamte und ihre Familien tun es ihm gleich.

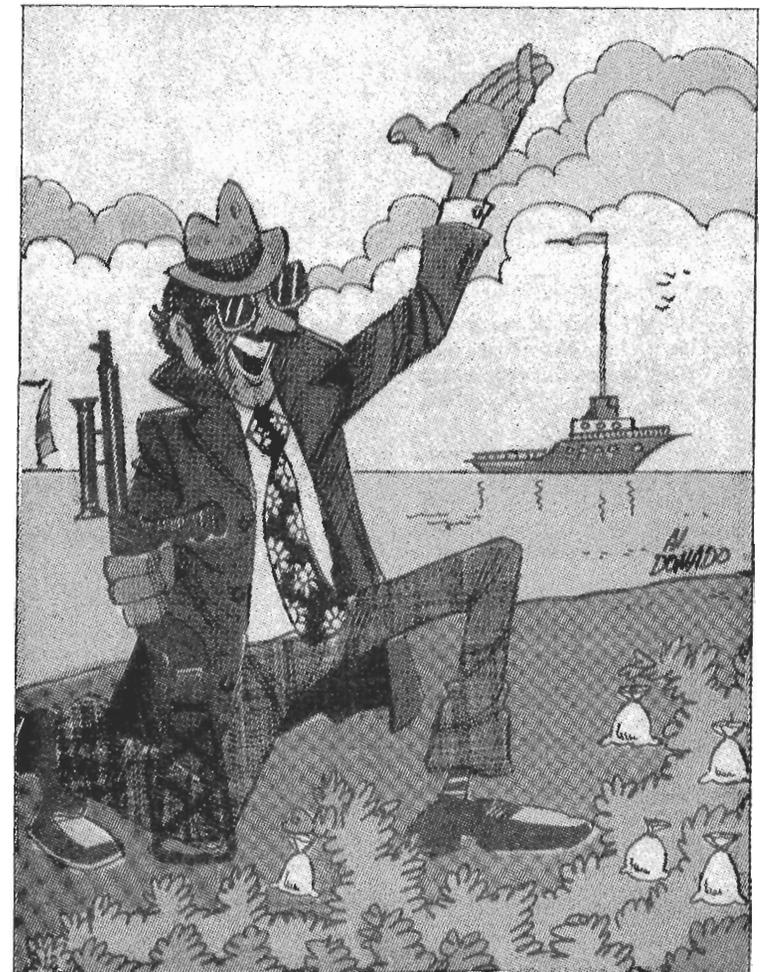
- im Dezember 84 tut sich Iván Marino Ospina, Guerillaführer der Bewegung M-19, durch besonderes diplomatisches Unvermögen hervor. Nach einem Treffen mit Präsident Belisario Betancur in Mexico City äußert er auf einer internationalen Pressekonferenz seine Zustimmung zu der Absicht der Drogenmafia, nordamerikanische Diplomaten zu liquidieren. Er gießt damit Wasser auf die Mühlen



*Belisario Betancur
am Grab Lara Bonillas*

des US-Botschafters, der in Kolumbien seit längerer Zeit das Gerücht der "Narcoguerrilla" verbreitet, und von US-Präsident Reagan, der wiederholt Nicaragua und Cuba wegen ihrer angeblichen Verwicklung in den internationalen Drogenhandel angeklagt hat. Anfang 85 wird Ospina durch Alfaro Fayad an der Spitze der M-19 ersetzt.

- am 13. Februar 1985 konfiszieren US-Beamte in Miami ein Flugzeug der kolumbianischen Gesellschaft Avianca mit mehr als einer Tonne Kokain im Wert von 600 Mio. Dollar an Bord. Das Kokain ist in Kisten mit Schnittblumen versteckt. In 34 Fällen wurden innerhalb der letzten 5 Jahre in Flugzeugen von Avianca illegal beförderte Drogen beschlagnahmt.



DIE ENTSTEHUNG DER DROGENMAFIA

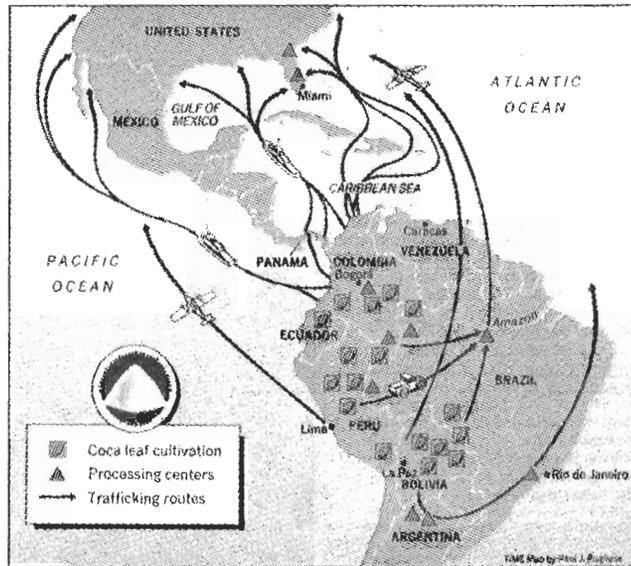
Wird in Kolumbien von Mafia gesprochen, dann ist damit die Kokainmafia gemeint, deren Operationsbasis in Medellín liegt. Angefangen hat der Drogenhandel jedoch Ende der 60er Jahre mit dem Export von Marihuana über die Halbinsel Guajira an der Karibikküste. Die geographische Lage der Guajira (Nähe zur venezolanischen Grenze und zur Küste), die herrschende Armut und das Wanderdasein eines großen Teils der Bevölkerung begünstigten seit vielen Jahrzehnten den illegalen Handel mit ausländischen Waren. Die enge Verbindung der Schmuggler dieser Region mit ihren Warenlieferanten in den USA war es schließlich, die ihnen den Zugang zum nordamerikanischen Drogenmarkt eröffnete. Ein anderes traditionelles Schmugglerzentrum, das Gebiet um den Golf von Urabá in Antioquia (Nähe zu Panama), kam als Ausgangspunkt für die Marihuanaverschiffung und -kultivierung später hinzu. "Jene ersten Exporte fanden eine geeignete kommerzielle Transportmöglichkeit vor: die Bananenschiffe, die in Turbo (Golf von Urabá) anlegten, um das Obst zum Export in die USA aufzunehmen. Auf diese Art und Weise kam ein halbes Dutzend Händler aus Antioquia rasch zu Kapital, indem sie ein weitgestrecktes Handelsnetz Kolumbien-Panama-USA aufbauten. Schiffe, Flugzeuge, Wechselstuben für Dollars, Spielsalons, Immobilienfirmen und bewaffnete Trupps zur persönlichen Sicherheit waren die Beigaben, mit denen die antioquienische Mafia ihre Operationen einleitete", schreibt der kolumbianische Wirtschaftsjournalist Jorge Child.

Gegen Ende 1974 ging der Umfang des Marihuanaanbaus und der Verschiffung über den Golf von Urabá aufgrund der strengen Kontrollen in US-amerikanischen Häfen stark zurück und konzentrierte sich in der Folge fast ausschließlich auf die Guajira. Zu diesem Zeitpunkt nahm die Nachfrage nach Kokain in den USA zu. Das "halbe Dutzend" antioquienischer Drogenhändler spezialisierte sich von da ab auf die Aufbereitung der aus Peru und Bolivien eingeführten Zwischenprodukte, sowie auf die "Vermarktung" des Kokains in den USA. "Das Kokain mit seinem Preis, der über dem des Goldes liegt, einer Kapitalumschlagsgeschwindigkeit von weniger als 15 Tagen, Gewinnspannen von 40-50 % und einem aufgrund des geringen Volumens sehr einfachen Transport, erweist sich als attraktive Handelsware, der sich Menschen aus den verschiedensten sozialen Schichten widmen: Kriminelle, bankrotte Geschäftsleute, Arbeitslose, Hausfrauen, Prostituierte und Hunderte anderer, die es in eine Stadt mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und immensen Lebenshaltungskosten verschlagen hat. 1980 wurden in Medellín bei einer aktiven Bevölkerung von 600 000 Personen 103 000 Arbeitslose und 136 000 Unterbeschäftigte registriert. Damit stand die Stadt mit einer Arbeitslosenrate von 15,9% landesweit an der Spitze". (J. Child) Das was sich heute an "Kokain-Baronen" in Kolumbien tummelt, entstammt jedoch zu einem großen Teil dem "halben Dutzend" antioquienischer Händler, die sich im Laufe der 70er Jahre unter Beteiligung der Antidrogenpolizei, hoher Militärs und politischer

Repräsentanten dieser Region eine regelrechte Infrastruktur aufbauten.

Dabei spielten letztere nicht nur eine Statistenrolle, in der sie sich bereitwillig korrumpieren ließen. Unter dem General Ordóñez Valderrama verwandelte sich der DAS (Departamento Administrativo de Seguridad - kolumbianischer Sicherheitsdienst) Anfang der 70er Jahre in eine Verteilerorganisation von Kokain, über die alle Phasen des illegalen Handels kontrolliert und die Konkurrenten rücksichtslos verfolgt wurden. Der Weg des Rauschgiftgeschäfts ist mit den Namen hoher Militärs, Sicherheitsbeamter und Drogenpolizisten gepflastert. Einige von ihnen blieben am Wegesrand zurück (unter Umständen tot), wenn sie es nicht verstanden, ihr Spiel mit der nötigen Verschlagenheit unter dem Deckmantel des "Drogenkrieges" zu verschleiern, oder wenn sie sich gar zu ungestüm ins Geschäft drängten (vgl. dazu ausführlich A. Henman). Es kam sogar dazu, daß sich die einzelnen "Protagonisten des Antidrogenkampfes" untereinander bekriegten. "Beispielsweise gab es den seltsamen Fall der amerikanischen Rauschgiftfahnder in Bogotá, die im März 1975 die Information erhalten hatten, daß eine Schiffsladung von elf Tonnen Marihuana auf ihre Ausfuhr wartete. Sie hatten sich in einem Privatflugzeug in Begleitung kolumbianischer Zöllner zum Ort des Verbrechens begeben. Bei ihrer Ankunft empfing sie schweres Gewehrfeuer, und es folgte ein Schußwechsel zwischen den Zöllnern und denjenigen, die später als DAS-Agenten identifiziert wurden." (A. Henman) Dieser Fall bewaffneter Konfrontation zwischen zwei konkurrierenden Kräften der Drogenbekämpfung, beide von den USA finanziert, wurde später in der Öffentlichkeit heruntergespielt.

Betrachtet man die Anfänge des Drogenhandels, so dürfen die US-amerikanischen "Friedenskorps" nicht unerwähnt bleiben. Sie betätigten sich als Propagandisten des Rauschgiftgebrauchs in ihrer Heimat, konsumierten selbst Marihuana und Kokain und wirkten an der kolumbianischen Atlantikküste als Verbindungsleute zwischen US-Drogenhändlern und ansässigen Marihuanabauern. Über das Treiben der "Friedenskorps" in einem anderen Teil des Landes, im Department Cauca im Süden Kolumbiens, wo die indianische Bevölkerung traditionell den Anbau und Konsum der Kokablätter pflegte, schreibt im Juli 1984 der langjährige Gouverneur jener Provinz an die Tageszeitung "El Espectador": "Man sagt, daß die sogenannten Friedenskorps, die aus den USA hierherkamen und als Sozialhelfer in die Armenviertel der Städte und auf das Land geschickt wurden, Unterricht über die Herstellung von Kokain aus Kokablättern mit Hilfe von Chemikalien erteilten..." Jorge Child nennt drei Phänomene, die seiner Meinung nach bei der Entstehung der Mafia von Bedeutung waren: "die Präsenz der sogenannten nordamerikanischen Friedenskorps, die Ausweitung des Drogenkonsums in den USA und der Anstieg des Schmuggels in Kolumbien (über Panama A.d.V.) in Folge der restriktiven Außenhandelspolitik."



"THESE GUYS DON'T ROB BANKS, THEY BUY THEM"

US-Vizepräsident George Bush bezifferte Anfang 85 den Umfang des illegalen Drogenhandels auf jährlich 100 Mrd. Dollar. Da in Kolumbien keine Exportstatistiken für Marihuana und Kokain geführt werden, läßt sich der Anteil dieses Landes am "Weltdrogenhandel" nur annäherungsweise bestimmen. Schätzungen gehen davon aus, daß in den 10 Jahren des Marihuana-booms (1970-1980) über den "Export" dieser Droge zwischen 10 und 20 Mrd. US-Dollar ins Land kamen. Zum Ende des Jahrzehnts kommen Erlöse aus dem illegalen Kokainhandel hinzu. Der Wert der Kokainexporte wird mit jährlich durchschnittlich 1-2 Mrd. Dollar veranschlagt. Damit avancierten die Produkte Marihuana und Kokain zu Exportschlagern der kolumbianischen Wirtschaft, die zusammen in ihrem Umfang über dem der Kaffeexporte liegen. (Kaffee hatte 1980 mit 2,3 Mrd. Dollar einen Anteil von 60% am Gesamtexport) Um die mit dem Drogenhandel verdienten Dollars nach Kolumbien einzuführen, wurden im Laufe der Zeit verschiedene Taktiken und Strategien entwickelt. Politiker, Bankmanager und viele Staatsbedienstete waren am "Waschen" der sogenannten "Narcodollars" wesentlich beteiligt. Während der Zeit von Präsident López (1974-1978) wurden von der kolumbianischen Zentralbank (Banco de la Republica) grundsätzlich alle angebotenen Dollars aufgekauft. Durch das "ventanilla siniestra" (dunkles Fensterchen) der Bank flossen Hunderte US-Dollars in die internationalen Reserven des Landes. Nachdem das "ventanilla siniestra" später geschlossen wurde, mußte das System des "Dollarwaschens" verfeinert werden. Dies geschah mit Hilfe von Ex- und Importtransaktionen. Die Drogenhändler wandten dabei bilanztechnische Manipulationen wie die rechnerische

Unterbewertung von Importen und die entsprechende Überbewertung von Exporten, sowie die Bilanzierung fiktiver Exporte an. Stutzig wurde man bei kolumbianischen Regierungstellen nur dann, wenn plötzlich von einem Produkt mehr exportiert als insgesamt im Inland produziert wurde. Ansonsten war der Handel einfach: "auf den An- und Verkauf von "schwarzen Dollars" spezialisierte Firmen erwarben in den USA von Drogenhändlern große Dollarsummen und legten sie auf ihren Bankkonten an. Danach verkauften sie diese Dollars als Scheck an die "Exporteure" in Kolumbien. Diese gaben die Schecks an Finanzinstitutionen und Banken weiter; die wiederum gaben zur Legalisierung der Exporte die Schecks an die Zentralbank und erhielten im Gegenzug dafür kolumbianische Pesos und darüberhinaus die Exportbeihilfe. Viele Finanzinstitutionen spezialisierten sich auf diese Transaktionen, was ihnen horrende Gewinne einbrachte. Obwohl es unmöglich ist, das Volumen fiktiver Exporte genau zu bestimmen, wird dieses von Mitarbeitern des kolumbianischen Außenhandelsinstituts (INCOMEX) 1980 auf immerhin 10-30 % der von dieser Stelle genehmigten Exporte geschätzt." (J. Child).

Ein anderer Weg zur Legalisierung der Drogendollars führt über den "Verkauf von Dienstleistungen". Ausländische "Touristen" wechseln bei der "Banco de la Republica" größere Mengen von Dollars in Pesos um, welche sie dann an die Drogenhändler weitergeben, um dafür von diesen mit einem "exotischen" Urlaub entschädigt zu werden. In der Dienstleistungsbilanz stieg dieser Posten zwischen 1975 und 76 um fast 100 % und erreichte 1981 einen Betrag von 1,7 Mrd. US-Dollar, 300 Millionen Dollar mehr als die Kaffeexporte des entsprechenden Jahres.

Die Auswirkungen dieser Flut von Milliarden illegaler Dollars sind vielschichtig. Ab 1970 kam es zu einer wahren Explosion des Finanzsektors, die internationalen Reserven stiegen von 152 Mio. Dollar 1970 auf 5,4 Milliarden 1981, die Inflationsrate und die Zinsen stiegen ebenfalls. Letztere lagen 1981 bei 30-54 % gegenüber 6-14 % im Jahr 1970. Bei diesem Zinsniveau können Kredite für Investitionen im Produktionsbereich kaum mehr bezahlt werden. Der Finanzsektor weitet sich zulasten des produktiven Bereichs der Wirtschaft aus. Spekulative Geschäfte aller Art beherrschen das Geschehen: Banken, Finanzgesellschaften, Industrien bis hin zu ganzen Finanzkonzernen werden über Nacht verschachert, der Immobilienhandel erlebt eine Blütezeit.

Obwohl diese Entwicklung nicht allein auf die in die Wirtschaft eindringenden "Narcodollars" zurückzuführen ist - ein Überhandnehmen des Finanzsektors zu Lasten der Produktion, hohe Zinsen, Inflation, Arbeitslosigkeit und steigende Lebenshaltungskosten kennzeichnen das Leben in allen lateinamerikanischen Ländern - so waren diese Drogendollars doch entscheidend für die Verstärkung dieser negativen Tendenzen verantwortlich, genauso wie sie andererseits die internationalen Devisenreserven des Landes erhöhten.

"Der kolumbianische Staat hat (...) in verdeckter Form die Rückkehr der Erträge des Drogenhandels ins Land gefördert. Die "gewaschenen Narcodollars" passierten in Windeseile die "Banco de la Republica" (sie wurden dort nur einen kurzen Moment bis zur Ausgabe der Pesos gelagert) und wanderten neuerlich in ihr Ursprungsland, die USA, zurück, wo die kolumbianische Regierung sie auf Konten von Geschäftsbanken zum Erwerb eines Zinseinkommens anlegten. Allwöchentlich brachte ein Flugzeug "Hercules" der kolumbianischen Luftwaffe einen Teil der millionenschweren Last, die vorher auf illegalem Weg ins Land gekommen war, wieder in die USA zurück. Auf diese Weise war das "ventanilla siniestra" ein gigantisches Tor, durch das der Dollar aus- und einging, ohne lange im Land zu verweilen." (J. Child)

Fortsetzung folgt im nächsten Heft

AUFRUF AN ALLE DRITTE-WELT-GRUPPEN UND AN ENTWICKLUNGSPOLITIK/-HILFE INTERESSIERTE

Bei unserer Solidaritätsarbeit sind wir, die Peru-Gruppe Aachen, auf zweifelhafte Aktivitäten der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) in Peru und Ecuador gestoßen. Offizielle Zielsetzung der DEG, die 1962 durch die Bundesregierung gegründet wurde, ist es, bei der Verwirklichung von privatwirtschaftlichen Vorhaben in Entwicklungsländern Hilfestellung zu geben (Beteiligungen, Kreditvergabe). In der Realität erweist sich die DEG allerdings als öffentlich finanzierte Agentur zur Förderung profitabler deutscher Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. Die Interessen der betroffenen Bevölkerung in der Dritten Welt spielen dabei, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle, obwohl die Kredite der DEG offiziell als öffentliche Entwicklungshilfeleistungen ausgewiesen werden.

Wir halten es daher für notwendig, daß die Praktiken der DEG in Ländern der Dritten Welt, welche nach unserem Eindruck bisher von der Öffentlichkeit ziemlich unbehelligt durchgeführt werden konnten, in einer breiten öffentlichen Diskussion kritisch hinterfragt werden. Somit möchten wir alle entwicklungspolitischen Aktionärgruppen bitten, die im Rahmen ihrer Solidaritätsarbeit zu einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen in der Dritten Welt von dubiosen Aktivitäten der DEG erfahren haben, diese auf ihren "Entwicklungs"-beitrag für das Entwicklungsland hin zu überprüfen und uns nach Möglichkeit Informationen dazu zukommen zu lassen, um möglicherweise eine gezielte Kampagne gegen die DEG anregen zu können. Bei eventuell vorhandenen Kontakten in den einzelnen Schwerpunktländern könnten diese auf existierende Projekte der DEG im jeweiligen Land angesprochen werden.

Auf Anfrage senden wir gerne eine Namensliste der Projektunternehmen der DEG in einzelnen Ländern bzw. Regionen zu.

Peru-Gruppe Aachen c/o Peter Hartges, Königstr. 2, 5100 Aachen

ARGENTINIEN

Alfonsín, die Wirtschaft und das Militär

Der Internationale Währungsfonds (IWF) droht, Argentinien das Geld zu sperren, weil die Regierung die Auflagen, die ihr bei dem Abkommen über einen Stand-by-Kredit aufgezwungen wurden, nicht erfüllen kann. Der bei der Inflationsbekämpfung und dem Versuch, Staat, Unternehmer und Gewerkschaften auf einen Sozialpakt zu verpflichten, erfolglose Wirtschaftsminister Bernardo Grinspun wurde entlassen und durch den bisherigen Planungssekretär Juan Vital Sourrouille ersetzt, der bereits angekündigt hat, daß er versuchen wird, die IWF-Auflagen zu erfüllen - durch weiterhin sinkende Reallöhne und Beschneidung der Sozialausgaben.

Die Wirtschaftsdaten für das vergangene Jahr zeigen deutlich, daß sich die Wirtschaftskrise in Argentinien unter der Regierung Alfonsín weiter verschärft hat:

- Entgegen den Ankündigungen des Wirtschaftsministers stieg das Bruttoinlandsprodukt 1983 nicht um 4, sondern nur um 2,4%.

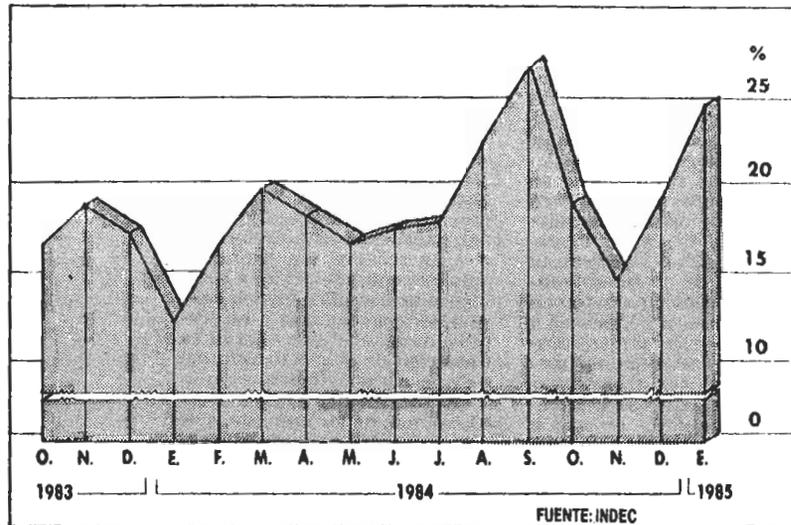
- Zwischen Dezember 1983 und Dezember 1984 schnellte die Inflation von 434% auf 776%.

In den ersten beiden Monaten dieses Jahres betrug die Inflation (gegenüber Dezember 1984) bereits 51%. Experten schätzen, daß sie 1985 ca. 900% erreichen wird.

Ein argentinischer Wirtschaftswissenschaftler faßt die Situation der Ökonomie so zusammen: "Die derzeitige Krise trifft auf eine Bevölkerung, deren Pro-Kopf-Einkommen heute um 15% unter dem Niveau von 1970 liegt und deren Reallöhne ebenfalls stark gesunken sind; der Beschäftigungsgrad der verarbeitenden Industrie entspricht etwa dem von vor 30 Jahren; die Rezession in der Industrie geht weiter, und das physische Produktionsvolumen entspricht dem von 1970." (La Voz, 28.1.1985)

Die sozialen Folgen dieser Krise werden an den Reallöhnen besonders deutlich: Alfonsín hatte vor seiner Wahl werbewirksam eine jährliche Erhöhung der Reallöhne um 6 bis 8% versprochen, um so langsam die hohen Reallohnverluste aus der Zeit der Militärdiktatur auszugleichen. Stattdessen lag aber in vielen Bereichen die Lohnanpassung unter der monatlichen Inflationsrate. Dadurch sanken bei den öffentlichen Angestellten zwischen Dezember 1983 und Dezember 1984

MONATLICHE ENTWICKLUNG DER LEBENSHALTUNGSKOSTEN
Oktober 1983 bis Januar 1985



(aus: El Clarín, 4.-10.2.1985)

die Löhne um 13%. (El Día, 13.2.1985) Im privaten Sektor lagen die Löhne zwar etwas über dem Niveau von 1983, dies wurde jedoch mit einer massiven Reduzierung des Personals erkauft, was die Arbeitslosenzahl weiter in die Höhe trieb. (Über die tatsächliche Höhe der Arbeitslosigkeit gibt es keine zuverlässigen Daten, da die offiziellen Zahlen nur einen Teil der Arbeitslosen erfassen, Unterbeschäftigung und verborgene Arbeitslosigkeit jedoch nicht berücksichtigen.)

Sinkende Löhne, Massentlassungen, Betriebsschließungen und Kurzarbeit führten Anfang des Jahres zu einer Serie von Arbeitskonflikten in der Metall- und Textilindustrie; auch die Lehrer, Eisenbahner, Ärzte des öffentlichen Dienstes und die Arbeiter des Staatssektors griffen mehrfach zu Kampfmaßnahmen, die aber keine langfristige Verbesserung der Lohn- und Beschäftigungssituation erbrachten, da diese eine Wirtschaftspolitik erfordern würde, die die Inflation senken und gleichzeitig die Produktion ankurbeln kann.

Gewerkschaftsführer aus den Industrievororten von Buenos Aires erklärten in einem Interview: "Wenn sich die wirtschaftliche Lage nicht einschneidend ändert, dann könnte es zu sozialen Konflikten mit unabsehbaren Konsequenzen kommen. Entlassungen, Kurzarbeit und Betriebsschließungen haben zum Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen geführt. 80% der Betriebe haben kein Weihnachtsgeld ausgezahlt und verringern immer weiter die Zahl der Arbeitstage." (El Día, 13.2.1985)

Die Politik des neuen Wirtschaftsministers Sourrouille ist nicht

dazu angetan, die Lohnsituation zu verbessern. Er hat angekündigt, daß die Löhne weiterhin nur zu jeweils 90% an die Inflation angepaßt werden sollen, was einen fortschreitenden Reallohnrückgang bedeutet.

Für März hat die Regierung Lohnerhöhungen von 19% zuzüglich eines Inflationsausgleichs für die Vormonate zugestanden, was die Gewerkschaften als unzureichend kritisieren. Der offiziell zugegebene Inflationsrate von 51% für Januar und Februar stehen nur Lohnerhöhungen von 37% gegenüber. (Handelsblatt, 12.3.1985)

Eine weitere geplante Maßnahme versetzte die Gewerkschaften der Bankangestellten in Alarm: Während der letzten Jahre wurde das Bankwesen durch die ungeheure Spekulation sehr stark aufgebläht. Da nun aber viele der Banken nicht mehr rentabel arbeiten, plant die Regierung eine Reduzierung der Bankfilialen um ca. 800. Dies würde ca. 25 000 Bankangestellte betreffen, von denen nur etwa 5000 in anderen Filialen unterkommen sollen, während die anderen mit der doppelten gesetzlichen Entschädigung entlassen werden. Die Entschädigung dürfte angesichts der Inflation und der Unwahrscheinlichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, wenig Trost für die Betroffenen sein. Die Gewerkschaft der Bankangestellten kündigte dagegen Kampfmaßnahmen an.

Diese Politik macht es immer unwahrscheinlicher, daß die Regierung Alfonsín die Gewerkschaften zur Einhaltung des "Sozialpaktes" (concertación) bewegen kann, da die Gewerkschaftsspitze ihren Mitgliedern auf Dauer wohl kaum klarmachen kann, daß ein "Sozialpakt" auf ihrem Rücken für sie sinnvoll ist.

Hintergrund dieser Wirtschaftspolitik ist die Verschuldung Argentiniens, die derzeit bei umgerechnet etwa 150 Mrd. DM liegt. Der IWF hat der Regierung beim Abschluß eines Stand-by-Kredits im Dezember vergangenen Jahres die Auflage gemacht, mit allen Mitteln die Inflation auf höchstens 300% zu senken, was nur durch eine Politik zu erreichen sei, die die Löhne nicht voll an die Inflation angleicht und die Sozialausgaben beschneidet.

Wie stark die Wirtschaft durch die Zinszahlungen und Schuldentilgung belastet ist, zeigt eine Berechnung von Aldo Ferrer: 1984 mußten 72% der gesamten Exporterlöse (das entspricht 6% des Bruttoinlandsprodukts) für die Zahlung der Zinsen (!) aufgewendet werden. Damit ist noch nicht ein Dollar der Schuldenmasse zurückgezahlt.

Da es aber nicht möglich war, die Inflation auf den vom IWF geforderten Wert zu senken, droht dieser nun damit, die fällige Tranche des Stand-by-Kredits nicht auszuzahlen. Dies ist aber von privaten Gläubigerbanken zur Voraussetzung gemacht worden, daß sie Argentinien einen neuen Kredit in Höhe von etwa 4 Mio \$ gewähren, die dringend benötigt werden - um die überfälligen Zinszahlungen leisten zu können.

Mit dieser Politik tragen IWF und internationale Banken dazu bei,

die soziale Lage in Argentinien weiter zu verschärfen und wirken damit auch einer Stabilisierung der Demokratie entgegen, die sich nicht zuletzt auch durch eine sozialere Wirtschaftspolitik legitimieren müßte.



Eine Schlange von Arbeitssuchenden - Alltag in Argentinien

SCHWIERIGKEITEN MIT DER MILITÄRSPITZE

Anfang März verfügte die Regierung Alfonsín den Rücktritt etwa eines Dutzends der ranghöchsten Offiziere. Damit löste er kurzfristig den aktuellen Streit zwischen Regierung und Militär, nicht aber das grundlegende Problem: Wie soll sich die Regierung in Zukunft gegenüber den Streitkräften verhalten, die immer noch nicht bereit sind, sich den zivilen Autoritäten unterzuordnen?

Unter den sieben Generalen des Heeres, vier Marine-Admirälen und zwei Luftwaffenbrigadiers, die in den Ruhestand versetzt wurden, befindet sich auch General Julio Fernández, der das höchste militärische Amt bekleidete, er war Chef des Vereinigten Generalstabs der drei Waffengattungen. Fernández Torres hatte sich heftig gegen die Kürzung des Militärbudgets gewehrt, den die Regierung Alfonsín für 1985 veranlaßt hatte. Der Anteil des - offiziellen - Verteidigungsbudgets liegt bei 7,65% der öffentlichen Ausgaben. (El Día, 21.3.1985) Torres behauptete, das Militär könne damit seine Aufgabe nicht mehr erfüllen, da mit den Kürzungen die Ernährung

und Besoldung von Tausenden von Wehrpflichtigen nicht mehr gewährleistet sei.

Zudem machte der Chef der Streitkräfte dadurch aufmerksam, daß er sich öffentlich um die "Moral" der Truppe sorgte: Diese "Moral" sei "durch die negative psychologische Kampagne bestimmter Massenmedien gefährdet", außerdem durch das "niedrige Niveau professioneller Operationen" sowie durch die "Einschränkung der Familieneinkommen" (soll heißen, die Einkommen der Offiziere sind niedriger als in der Zeit der Militärdiktatur). (El Día, 21.3.)

Direkter Anlaß seines Rücktritts war jedoch die Aufforderung von Verteidigungsminister Raúl Borrás, Fernández solle sich gegenüber dem Höchsten Militärgericht dafür einsetzen, daß dieses nicht die Freilassung des berüchtigten Entführers und Mörders Marineleutnant Alfredo Astiz veranlasse. Astiz ist nach Informationen der Menschenrechtsorganisationen und nach Zeugenaussagen der Entführer und Mörder der jungen Schwedin Dagmar Hagelin. Das Militärtribunal konnte jedoch - wie in vielen anderen Fällen - mal wieder keine Schuld feststellen und ließ Alfredo Astiz frei.

Als Alfonsín 1983 das Präsidentenamt übernahm, hatte er bereits einmal die Militärspitze umgebildet und dabei die dienstältesten und ranghöchsten Offiziere in den Ruhestand versetzt, die am stärksten durch die Diktatur kompromittiert waren. Gleichzeitig beförderte er viele jüngere Offiziere in der Hoffnung, damit eine stärkere Identifikation der Militärs mit der demokratischen Regierung zu erreichen. Dabei zog die argentinische Regierung allerdings offensichtlich nicht in Betracht, daß sich die Beteiligung an der Repression keineswegs nur auf die obersten Ränge beschränkte. Gerade die mittleren Offiziersränge waren diejenigen, die unmittelbar für Folter, Entführung und Ermordung Tausender verantwortlich waren. Die "Demokratisierung" der argentinischen Streitkräfte ist sicher nicht dadurch zu erreichen, daß die bekanntesten Mörder in den Ruhestand versetzt werden.

Neuer Chef des Generalstabs des Heeres wurde im März 1985 General Ríos Ereñú, der bei seiner Antrittsrede darauf verwies, daß er an die Verfassung und die Entscheidungen der Regierung gebunden sei. Neuer Oberkommandierender des Vereinigten Generalstabs wurde erstmals in der Geschichte des argentinischen Militärs nicht ein Heeresgeneral sondern Luftwaffen-Brigadier Teodoro Waldner.

Damit ist zwar die Regierung für's erste einige aufmüpfige Generale los, aber diese Ruhe kann sich bald wieder ändern: die immer noch laufenden verschleppten Verfahren gegen Militärs, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, wird sicher für weitere Konflikte sorgen.

Quellen: El Clarín, El Día, Latin American Newsletters, Handelsblatt, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung

Die Spaltung der Peronistischen Partei

Nach jahrelanger innerer Krise und heftigen Flügelkämpfen hat sich der peronistische Partido Justicialista (Gerechtigkeitspartei) nun endgültig gespalten. Auf zwei getrennten Kongressen wählten die beiden Fraktionen jeweils eigene Vorstände. Die in Spanien lebende Präsidentin der Partei, Isabel Perón, hat in einem Brief ihren Rücktritt bekannt gegeben. Diese Spaltung der Partei, die das politische Leben Argentiniens seit Jahrzehnten beherrscht hat, dürfte einschneidende Auswirkungen auf das gesamte politische System haben, da auch die peronistischen Gewerkschaften in diesen Konflikt verwickelt sind.

Im vergangenen Dezember brach auf dem Parteikongreß der Peronisten im Theater Odeón die seit Jahren schwelende Krise offen aus. Die in sich heftig bekämpfende Flügel zerfallene Partei hatte sich zwar 1983 angesichts der Wahlen noch einmal oberflächlich unter dem Präsidentschaftskandidaten Italo Luder zusammengerauft, aber die für die Peronisten unerwartete Wahlniederlage verschärfte die personellen und inhaltlichen Auseinandersetzungen umso mehr. Die erste Niederlage der Partei in freien Wahlen seit den vierziger Jahren wurde von einigen Sektoren zum Anlaß genommen, eine inhaltliche und strukturelle Reform zu fordern; heftigste Kritik wurde an dem starken Mann des Peronismus, dem Gewerkschaftsboß und Vizepräsidenten des Partido Justicialista, Lorenzo Miguel und an dem Provinzcaudillo von Buenos Aires, Herminio Iglesias geübt. Die Kritiker machten das autoritäre Verhalten und die berüchtigten Verbindungen der beiden zu den Repressionsorganen der Militärdiktatur für die Wahlniederlage verantwortlich.

Ein weiterer Markstein in der Krise des Peronismus war dann das Referendum über den Friedensvertrag mit Chile, der den jahrzehntealten Konflikt um die Grenzziehung im Beagle-Kanal beenden sollte. Die Peronisten zogen gegen den Vertrag der Regierung Alfonsín zu Felde, aber selbst viele Parteimitglieder - darunter auch Senatoren und Provinzgouverneure - unterstützten die Regierung. Die große Mehrheit für den Regierungsvorschlag mußte der Partei noch einmal zeigen, daß sie mit ihrer Politik an der politischen Stimmung im Land vorbei agierte. (Vgl. LN 133)

Als sich im Dezember die rechte Parteibürokratie auf dem Kongreß mit Hilfe von Schlägertrupps gegen die Kritiker durchsetzte, die aus Protest den Saal verließen, beschloßen diese, dem Parteikongreß die Legitimation abzusprechen und einen neuen Kongreß einzuberufen, der eine neue Parteiführung wählen sollte. (Vgl. LN 134)

Unter den Dissidenten befand sich die Mehrheit der Senatoren und der Provinzgouverneure sowie die Mehrheit der Delegierten des Parteikongresses vom Dezember. Unter der Wortführung von Senator Oraldo Britos schlossen sie sich in einer "corriente renovadora" (Erneuerungstendenz) zusammen. Auch der Vorsitzende des Parteikongresses, Raúl Bercovich, schloß sich dieser Fraktion an und übernahm den Vorsitz des für den 2. Februar nach Rio Hondo in der Provinz Santiago del Estero einberufenen Kongresses.

Die sogenannte "offizialistische" Fraktion unter Lorenzo Miguel und Herminio Iglesias berief ebenfalls für Anfang Februar einen Parteikongreß nach Buenos Aires ein. Trotz einiger Verhandlungen kam es zu keiner Einigung zwischen beiden Fraktionen, die damit denn auch getrennte Parteikongresse abhielten, auf denen jeweils eigene nationale Führungsgremien gewählt wurden. Ende des Monats spaltete sich dann auch die peronistische Parlamentsfraktion in zwei Gruppen, wodurch der Bruch in der Partei praktisch endgültig wurde.



Senator Oraldo Britos



Lorenzo Miguel



Herminio Iglesias

Trotz der Spaltung hatten zunächst beide Fraktionen die formelle Präsidentin der Partei, die in Spanien lebende Isabel Perón für sich reklamiert und als Parteipräsidentin bestätigt. Diese kuriose Situation fand ihr Ende, als Isabel Pe-

rón brieflich von ihrem Amt zurücktrat (4.2.1985), was aber erst zwei Wochen später von den Parteiführungen bekannt gegeben wurde.

Die Spaltung hatte noch ein juristisches Nachspiel: die "offizialistische" Fraktion versuchte auf dem Gerichtsweg, dem Kongreß von Rio Hondo die Legitimation entziehen zu lassen. Sie scheiterte aber, da der Richter feststellte, dieser Kongreß sei entsprechend den Parteistatuten rechtsgültig und die dort gewählte Parteiführung vollständig legitimiert, ihr Amt auszuüben.

Mit aller Wahrscheinlichkeit werden nun bei den im Herbst anstehenden Nachwahlen zum Parlament zwei peronistische Listen antreten. (Wie in den USA werden auch in Argentinien in zweijährigem Turnus jeweils ein Drittel der Abgeordneten neu gewählt.) Bis zu diesem Zeitpunkt müssen beide Fraktionen des Peronismus ihr Profil verdeutlicht haben. Dabei zeichnen sich folgende Tendenzen ab:

In der "offizialistischen" Fraktion haben sich vor allem die alten Parteibürokraten und der rechte Gewerkschaftsflügel, der in der Organisation der "62 Organisationen" um den Metallarbeiterboß Lorenzo Miguel gruppiert ist, zusammengefunden. Dies ist der extrem autoritäre und dogmatische Flügel der peronistischen Bewegung, der sich jeglicher Liberalisierung und Demokratisierung der Partei widersetzt. Einige Kommentatoren befürchten daher auch, daß sich diese Fraktion weiter nach rechts radikalieren könnte. Der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung spekuliert sogar über die Möglichkeit, daß diese Gruppe, die traditionell gute Beziehungen zu Teilen des Militärs hat und mehrfach an der Vorbereitung von Militärputschen gegen unliebsame, nicht-peronistische Regierungen beteiligt war, bereits wieder mit Putschabsichten liebäugelt, um die Regierung der Radikalen Partei zu beseitigen. Das Terrain dafür geben die Konflikte zwischen Regierung und Militär über die Menschenrechtsprozesse und die Verteidigungspolitik ab.

Die Fraktion der "Erneuerer" rekrutiert sich vor allem aus dem "politischen Flügel" des Peronismus. Dieser Flügel hatte traditionell innerhalb der Partei weniger Einfluß als der starke Gewerkschaftsflügel, der die Massenbasis der Partei stellte und durch die Verknüpfung von Gewerkschafts- und Parteimandaten die Partei beherrschte. Zum "politischen" Flügel zählen vor allem die peronistischen Senatoren und die Provinzgouverneure, die nicht nur die Politik der alten Parteibürokratie angreifen, sondern vor allem auch die Übermacht der Sektion Buenos Aires brechen wollen.

Die Sektion Buenos Aires hat praktisch seit der Gründung der Partei in den vierziger Jahren die politische Ausrichtung

bestimmt. Deshalb erhielt auch der Konflikt um den umstrittenen Provinzchef Herminio Iglesias eine besondere Schärfe. Ende Februar setzte der Provinzkongreß der Peronistischen Partei von Buenos Aires Herminio Iglesias als Vorsitzenden ab, wogegen dieser versuchte, gerichtlich vorzugehen. In diesen Streit hat sich nun die in Rio Hondo gewählte Parteiführung (der "Erneuerer") eingeschaltet und die Parteileitung von Buenos Aires "interveniert", das heißt einen kommissarischen Vorsitzenden ernannt, wozu sie entsprechend den Parteistatuten das Recht hat. Diese Maßnahme hat aber nur in der Fraktion Geltung, die den Kongreß von Rio Hondo anerkennt. Die andere Fraktion, die zum "offizialistischen" Flügel gehört, erkennt diese Intervention natürlich nicht an.

Zu den "Erneuerern" zählt auch ein Teil der Gewerkschaftsführer, die in der "Gruppe der 25" und in der "Comisión Gestión y Trabajo" zusammengeschlossen sind. Diese beiden Gruppierungen stehen in Konkurrenz zu den rechts-autoritären "62 Organisationen" (ohne deshalb Vorbilder an demokratischem Verhalten zu sein). Sie haben sich unter der Militärdiktatur herausgebildet und greifen die Gruppe um Miguel wegen ihrer Kollaboration mit dem Militärregime an. (Vgl. dazu auch den Artikel über die Gewerkschaftswahlen in LN 133)

Das Ziel der "Erneuerer" ist eine Demokratisierung der Parteistrukturen (so sollen beispielsweise in Zukunft die Parteitage delegierten direkt von den Mitgliedern gewählt werden, während das bisherige indirekte Wahlverfahren dem Parteiapparat große Einflußmöglichkeiten auf die Auswahl der Delegierten gab). Zudem streben sie eine Neuorientierung der politischen Ausrichtung an, die die Tatsache anerkennt, daß die Peronisten zur Zeit eine Oppositionspartei sind und daß die Ära Perón nun endgültig vorbei ist. Mit dem Rücktritt von Isabel Perón ist auch das letzte Relikt des "líder" aus der Parteiführung verschwunden. Die Partei ist gezwungen, eine Politik zu formulieren, die sich nicht darauf reduziert, den Mythos Perón zu beschwören.

Dabei hätte sie vor allem bezüglich der Wirtschaftspolitik die sehr wichtige Aufgabe, die sozialen Forderungen der Lohnabhängigen gegenüber der Regierung zu vertreten. Bisher ist aber noch nicht ersichtlich, daß sie in absehbarer Zeit eine konsistente Alternative zur Wirtschaftspolitik der Regierung, die - unter dem Druck des IWF und der Auslandsverschuldung sowie der grassierenden Inflation - eine restriktive Politik betreibt, durch die die Kaufkraft der Lohnabhängigen immer weiter absinkt.

Mit der Spaltung der Peronistischen Partei geht in Argentinien eine politische Ära zu Ende. Der Peronismus hat seit den vierziger Jahren das politische Leben des Landes dominiert, selbst in den Jahren der Verfolgung durch die ver-

schiedenen Militärdiktaturen. Peronist oder Anti-Peronist, dazwischen schien es nichts zu geben.

Während die alte bürgerliche Radikale Partei (Unión Cívica Radical) in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts die bürgerlichen Freiheits- und Partizipationsrechte durchsetzte und bis heute auf ihre Fahnen schreibt, stellte der Peronismus den sozialen Aspekt in den Vordergrund, die materiellen Forderungen und Rechte der Arbeiter. Diese Dichotomie zwischen politischer und sozialer Demokratie hat die letzten Jahrzehnte der argentinischen Geschichte geprägt und ist bis heute nicht vollständig aufgehoben. Zwar gibt es innerhalb der Radikalen Partei heute "sozialdemokratische" Tendenzen, die soziale Forderungen vertreten, aber sie stellen nicht die Mehrheit der Partei. Und in der Peronistischen Partei gibt es Anstrengungen, ein nicht nur taktisches Verhältnis zur Demokratie zu entwickeln (das im Zweifelsfall geneigt ist, die Demokratie abzuschaffen, um die eigene Macht im Namen des "Volkes" zu sichern), aber es hat sich ebenfalls noch nicht durchgesetzt.

Möglicherweise - und das wäre zu hoffen - bietet die Partei-spaltung der Peronisten nun die Chance, die alten autoritären Traditionen zu überwinden und zu einer demokratischen Politikkonzeption zu kommen, ohne deshalb die sozialen Forderungen aufzugeben. Die Stabilisierung der argentinischen Demokratie hängt nicht zuletzt davon ab, daß soziale und politische Demokratie nicht länger ein Widerspruch sind, sondern sich gegenseitig bedingen und verstärken.



Typische Szene einer Demonstration von Peronisten

Freiheit für die politischen Gefangenen!

Immer noch sitzen in Argentinien Menschen im Gefängnis, die von den Richtern der Militärdiktatur zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Die Regierung Alfonsín stellt sich auf den Standpunkt, diese Gefangenen seien rechtmäßig verurteilt, da sie an Anschlägen der Guerilla beteiligt waren. Die Menschenrechtsorganisation SERVICIO PAZ Y JUSTICIA hat nun eine Kampagne initiiert, die beispielhaft am Fall der einzigen weiblichen Gefangenen, Hilda Nava de Cuesta, Gerechtigkeit für diese Menschen fordert, die seit mehr als 10 Jahren unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkert sind.

Hilda Nava de Cuesta wurde am 20.11.1974 in Santa Fé verhaftet. Sie war damals 20 Jahre alt und schwanger. Trotzdem wurde sie mehrfach gefoltert. Die Polizei übte Druck auf sie auf, um sie zu einer Abtreibung zu zwingen, was sie ablehnte. Ihre Folterer sind namentlich bekannt: Kommissar Sande und der Polizeioffizier Guerrero der Provinzpolizei von Santa Fé.

Nach der Geburt ihres Kindes lebte sie zusammen mit dem Säugling und sieben anderen Frauen in einer kleinen feuchten Zelle; das Kind erkrankte an Bronchitis und Asthma. Danach wurde ihr das Kind weggenommen und sie konnte es nur hin wieder durch eine Glasscheibe sehen.

Ihre juristische Situation sieht folgendermaßen aus: Nach jahrelanger Haft wurde sie am 20.10.1978 von dem Richter Fernando Mantara zu lebenslanger Haft verurteilt. Bei diesem "Prozeß" hatte sie keinen Verteidiger, wurde nicht einmal dem Richter vorgeführt und erfuhr nicht einmal die genaue Anklage. Richter Mantara ist ein bekannter Nazi und Anhänger der Diktatur. Er wurde bereits einmal zu sechs Monaten Haft verurteilt wegen Beteiligung an antisemitischen Ausschreitungen. Die Sabato-Kommission erwähnte ihn in ihrem Bericht über die Menschenrechtsverletzungen der Diktatur wegen seiner Komplizenschaft bei der Verletzung der Menschenrechte.

Hilda Nava de Cuesta ist als einzige weibliche Gefangene in Isolationshaft. Sie ist in dem Gefängnis von Ezeiza in einem Sondertrakt untergebracht. Servicio Paz y Justicia fordert

deshalb, daß sie, solange sie im Gefängnis bleiben muß, zumindest in das Gefängnis Villa Devoto verlegt wird, wo die anderen politischen Gefangenen sich befinden.

Paz y Justicia fordert die Freilassung von Hilda Nava de Cuesta oder zumindest die Revision ihres Prozesses.

Wir bitten die Leser der LN um Unterstützung für die Kampagne zur Freilassung der argentinischen politischen Gefangenen. Bitte schicken Sie Protestbriefe oder Telegramme (sie können auch in Deutsch abgefaßt sein) an:

Sr. Raúl Alfonsín, Presidente de la Nación, Casa de Gobierno Balcarce 50, Buenos Aires

Sr. Antonio Troccoli, Ministro del Interior
Ministerio del Interior, Balcarce 50, Buenos Aires

Sr. Juan Carlos Pugliese, Presidente de la Cámara de Diputados, Congreso de la Nación, Rivadavia 1830, Buenos Aires

Sr. Juéz de la Cámara de Apelaciones de Rosario, Rosario

NACHTRAG ZU 'LAS CASAS' (LN 135)

"Indianische Völker werden massakriert -
Interview mit Las Casas"

Da wir das Las Casas-Interview der brasilianischen Zeitschrift "Porantim" entnommen haben, haben wir es leider versäumt, auf deutschsprachige Texte von Las Casas hinzuweisen. Dankenswerterweise hat uns ein aufmerksamer Leser nun Informationen über zugängliche Publikationen geliefert, auf die wir interessierte Leser aufmerksam machen möchten:

Bartolomé de las Casas: Kurzgefaßter Bericht von der Verwüstung der Westindischen Länder. Hrsg. von H.M. Enzensberger. Insel Taschenbuch 553, 1981

1938 (!) erschien eine literarische Verarbeitung des Lebens von Las Casas, bei der der Autor zwar über die Vernichtung der Indianer schreibt, aber die Vernichtung der Juden meint:

Reinhold Schneider: Las Casas vor Karl V. Szenen aus der Konquistadorenzeit. Bibliothek Suhrkamp 622, 1983

NICARAGUA

Die Atlantikküste aus der Sicht der FSLN

Die Verhandlungen über ein Autonomiestatut für die ethnischen Minderheiten Nicaraguas zwischen der sandinistischen Regierung und dem Führer der Miskito-Guerilla MISURASATA, Brooklyn Rivera, waren im Januar ins Stocken geraten, als dieser zu einem für den 20.1. geplanten Treffen mit Regierungsvertretern nicht erschienen war. Gegenwärtig läßt die Wiederaufnahme der Gespräche Ende März und die Ankündigung eines weiteren Treffens für April in Mexico City darauf hoffen, daß endlich auch inhaltliche Fortschritte erzielt werden.

Der Vertreter der nicaraguanischen Regierung bei allen diesen Treffen war Vize-Innenminister Luis Carrion, der zusätzlich der für die Atlantikregion zuständige FSLN-Kommandant sowie Leiter der Autonomie-Kommission ist. Der Januar-Ausgabe der nicaraguanischen Zeitschrift "Pensamiento Propio" entnahmen wir das folgende Interview mit Luis Carrion, in dem er neben einer teilweisen Neubewertung der Ereignisse an der Atlantikküste seit 1979 die Regierungsposition zu den Verhandlungen mit B. Rivera erläutert.

P.P.: Das Wissen über die Krise, die an der Atlantikküste Nicaraguas kurz nach dem Triumph ausbrach, ist im allgemeinen sehr oberflächlich. Welches sind ihrer Ansicht nach die grundlegenden Faktoren, die die damalige Entwicklung erklären?

L.C.: Die Krise entwickelte sich als Produkt dreier grundlegender Faktoren. Zuersteinmal ist sie die Folge eines gewaltsamen und traumatischen Zusammenpralls zweier historischer Prozesse - der Pazifikregion und der Atlan-

tikküste -, die bis zum revolutionären Triumph nahezu parallel zueinander verliefen.

Man kann sagen, daß bis zu jenem Moment die Bewohner der Atlantikküste ihr nicaraguanisches Nationalbewußtsein noch nicht entwickelt hatten. Im Gegenteil, die Politik der früheren Regierungen, die auf Unwissenheit und militärischem Zwang basierte, trug so nur zu der Entwicklung eines Bewußtseins ihrer Verschiedenheit bei, was sie in Gegensatz zur Zentralregierung brachte. Die Präsenz der Revolution an der Küste seit 1979 durch ihre Organisationen und Institutionen rief bei ihrer Bevölkerung eine Radikalisierung hervor, die durch ihr Gruppenbewußtsein gefördert wurde. Dies äußert sich in der Zurückweisung der Anwesenheit und Aktivitäten der Leute, die vom Pazifik kommen und die sie Spanier nennen.

Der zweite Faktor ist die bewußte Aktion der Feinde der Revolution, die es verstehen, diese Situation für die Provokation einer Krise auszunutzen. Sie radikalisierten die Positionen der separatistischen Sektoren, die es innerhalb von MISURASATA (Miskitos, Sumus, Ramas, Sandinisten vereint) gibt mit dem Ziel, die schon erwähnten Widersprüche zuzuspitzen und beginnen Tatsachen zu schaffen, z.B. Wegegeld für Fahrzeuge zu fordern oder Fahrten in bestimmte Zonen, deren Kontrolle sie beanspruchen, zu verhindern.

An der Spitze dieses separatistischen Sektors spielt Steadman Fagoth eine herausragende Rolle als Kopf eines imperialistischen Plans an dem direkt der CIA, die US-amerikanische Botschaft in Managua und verschiedene US-amerikanische Agenturen teilnehmen, die für die Finanzierung sorgen.

Dies erklärt, warum in kurzer Zeit die historischen Forderungen der Miskito eine schnelle und überraschende Wendung nehmen, wobei sie sich radikalisierten und sich als Teil in den konterrevolutionären Plan einfügten. So forderten die Miskitos 1980 das Recht auf kommunalen Landbesitz, 1981 verlangen sie Rechte über das ganze Gebiet der Atlantikregion, ein separatistisches Vorhaben, das offensichtlich die Konfrontation mit der Revolution sucht.

Der dritte Faktor ist die Rolle, welche die Mährische Kirche bei der Auslösung der ganzen Krise spielt. Die Mährische Kirche hatte eine Monopolstellung im ideologischen Bereich bei den Miskitos. Dieser Einfluß wurde in der Geschichte, in den Zeiten Somozas und vorher benutzt, um die Miskitos friedlich zu halten, sie die Anwesenheit der ausländischen Enklaven ohne Widerstand akzeptieren zu lassen.

Dagegen benutzt in den ersten Momenten der Krise ein wichtiger Teil der Mährischen Kirche seinen ideologischen Einfluß dazu, die Konfrontation zwischen der Bevölkerung und dem Frente Sandinista, den sie als Gefahr für ihre Hegemonie auf diesem Gebiet betrachtet, zu verstärken. Später hat ein anderer Teil der Kirche eine viel offenere Position der Unterstützung einer Lösung durch Verhandlungen und der Akzeptierung der Beteiligung der Bevölkerung am revolutionären Prozeß bezogen.



*Kämpfer
der MISURA*

P.P.: Der Frente Sandinista hat öffentlich gewisse Schwächen und Irrtümer in seiner Politik gegenüber dieser Region zugegeben. Könnten sie diese näher erläutern?

L.C.: Ersteinmal muß man darauf hinweisen, daß der Frente Sandinista nur ein begrenztes Wissen über die spezifische Problematik der Atlantikküste hatte. Es war im wesentlichen ein intuitives Wissen. Mit diesem als einziger Basis gab man den Anstoß für die Alphabetisierung in den Muttersprachen, der Gründung von MISURASATA, ihrer Vertretung im Staatsrat u.a. Maßnahmen. Dieser positive Impuls sah sich jäh abgeschnitten durch den Ausbruch der politischen und später militärischen Krise, die sich 1981 entwickelte.

Zum zweiten war unsere Verankerung an der Costa zu diesem Zeitpunkt schwach. Unsere Sicherheits- und Verteidigungsorgane waren nicht genügend entwickelt, um wirklich erkennen zu können, was vor sich ging. Wir bemerkten separatistische Tendenzen, aber nicht den ganzen Plan. Als wir diese Entwicklung erkannten, nahmen wir die Führer von MISURASATA fest, von denen jedoch alle bis auf Fagoth wieder freigelassen wurden. Wir begannen eine grundlegende Diskussion mit ihnen; dieser Prozeß wurde jedoch unterbrochen, weil die Mehrzahl der indianischen Gemeinden sich erhob und Freiheit für Fagoth forderte.

Angesichts dieser Ereignisse waren wir ein wenig naiv. Zuerst glaubten wir, diese Bewegung dadurch neutralisieren zu können, daß wir darlegten, daß Fagoth Agent des somozistischen Geheimdienstes gewesen war, was ja auch tatsächlich zutrifft. Dieses Detail zeigt unsere Unkenntnis, denn für die Miskitos hatte dies absolut keine Bedeutung. Die Geschichte des Somozismus an der Costa war zwar eine Geschichte der Vernachlässigung und des Ausverkaufs der Ressourcen an die ausländischen Kompanien, aber die Bevölkerung erlitt keine massive Repression und erlebte den revolutionären Kampf nicht. Für sie war Somoza nichts anderes als eine weitere Regierung vom Pazifik.

Dann mußten wir einige Demonstrationen zerstreuen und Örtlichkeiten räumen, die die Bevölkerung besetzt hatte. Wir beabsichtigten, dem Problem in einer anderen Form gegenüberzutreten und entschieden uns dafür, Fagoth ein Vertrauensvotum zu geben. Wir dachten, daß ihn vielleicht eine ideologische Verwirrung zu diesen extremen Positionen gebracht hätte und er keine anderen Ziele verfolgte. Wir stellten ihn unter Hausarrest und erlaubten ihm, in die Dorfgemeinschaften zu reisen, wobei er dann nach Honduras floh und sofort den bewaffneten Kampf aufnahm. Dies spielte sich 1981 ab.

P.P.: Würden sie angesichts dieser Situation sagen, daß der Frente Sandinista allzu naiv war hinsichtlich Fagoth und MISURASATA? Meinen sie, daß der Frente in gewisser Weise seine Verantwortlichkeit als Avantgarde auf diese Organisation übertragen hatte?

L.C.: Zu diesem Zeitpunkt waren wir tatsächlich naiv; wir hatten zuviel Vertrauen in die Redlichkeit Fagoth's. Aber vielleicht haben wir einen anderen, viel ernsteren Fehler begangen, in dem wir MISURASATA und insbesondere Fagoth die Rolle des ausschließlichen Gesprächspartners oder Vermittlers zwischen der Regierung und der Bevölkerung der Atlantikküste zuwies, anstatt von Anfang an

einen direkter Kontakt mit den Dorfgemeinschaften herzustellen. Damit stärkten wir selber, der Frente Sandinista, MISURASATA, die ihre Stellung dazu benutzte, die von der Revolution eingeleitete Politik als ihre eigene Arbeit darzustellen.

Ich kann aber nicht bestätigen, daß es eine Übertragung der politischen Verantwortlichkeit durch den Frente gegeben hätte. Er war immer bestrebt, sich als Frente Sandinista an der Costa zu entwickeln. Es war richtig, die Wahl Fagoth's durch seine Leute zu respektieren; der Fehler war, MISURASATA als Gesprächspartner bei der Kommunikation mit den Dorfgemeinschaften zu verabsolutieren. (...)

P.P.: Inwieweit brennte die Krise die Pläne des Frente Sandinista und veränderte seine Sichtweise des Problems der ethnischen Gruppen? Hat sich nicht ein gewisses Mißtrauen entwickelt?

L.C.: Trotz der Krise und des Krieges, der seit der Roten Weihnacht (Plan der Konterrevolution, im Dezember 1981 die Atlantikregion abzutrennen und Puerto Cabezas einzunehmen) viele Kräfte in Anspruch nahm, trieben wir unsere Projekte weiter voran gemäß der Prinzipienklärung vom August 1981.

Die Regierung begann, kommunale Landbesitztitel zu vergeben, Titel in der Miskito-Sprache. Im selben Jahr nahm das Zweisprachen-Programm in Zelaya Norte seinen Anfang, das den Anspruch hat, bikultural zu werden. Später unterstützte man die Gründung von MISATAN (pro-sandinistische Miskito-Organisation). Man verlieh den Vertretern der Dorfgemeinschaften einen offiziellen Status gegenüber der Regierung (vgl. LN 130) und benannte einen Miskito im Norden und einen Creole im Süden als Regierungs-Beauftragte. Alle diese Schritte zeigen eine Anerkennung der sprachlichen, kulturellen und sozio-ökonomischen Besonderheit dieser Gruppen. Das Autonomie-Projekt (vgl. LN 133.136) bildet einen Höhepunkt dieses ganzen Prozesses.

Dennoch muß man zugeben, daß wir während einer längeren Periode keine Miskitos in unser Heer aufnahmen. Warum? Weil unsere Kader mißtrauisch waren, was zu einer noch stärkeren Isolierung der Frente an der Costa führte. Uns wurde aber klar, daß diese Haltung kontraproduktiv war, und wir änderten sie radikal. Wir begannen erneut, Vertrauenensspielräume zu geben. Während der letzten zwei Jahre konnte man die positiven Effekte dieser neuen Position schon sehen. Heute findet man die Partizipation der Miskitos auf allen Ebenen, einschließlich der lokalen Milizen und der Armee.

P.P.: Können sie näheres zur Präsenz des sandinistischen Heeres an der Atlantikküste sagen? Was halten sie von internationalen Behauptungen, die von der Existenz einer Besatzungsarmee und einer repressiven Politik sprechen, ohne die die indigenen Gruppen der Costa sich erheben würden ...?

L.C.: Die These von einer Besatzungsarmee wurde interessanterweise von jenen Gruppen verbreitet, die die Stärkung und Rechtfertigung einer separatistischen Alternative beabsichtigen. Brooklyn Rivera hat in sein Zwölf-Punkte-Programm, das er unserer Regierung vorgelegt hat, den Abzug des Heeres aus den Dorfgemeinschaften aufgenommen einschließlich der Milizen, die von Miskitos gebildet werden. Was beweist das? Daß ein Besatzungsheer nicht existiert. Wenn es eins gäbe, stünde es gegen die gesamte lokale Bevölkerung. Tatsächlich handelt es sich aber um ein politisches Problem, um zwei politische Projekte, um die herum auch die Miskito-Bevölkerung entzweit ist.

Die Versionen über Repression und Verletzungen der Menschenrechte haben den gleichen Ursprung. Sie sind völlig falsch, und die Haltung der Regierung ist dem genau entgegengesetzt. (...)



im Umsiedlungskomplex 'Tasba Pri'

P.P.: Zum jetzigen Zeitpunkt existieren drei Konzepte für die Atlantikküste: das von Fagoth und seinen Kräften unterstützte, jenes von Brooklyn Rivera und das vom Frente Sandinista vorgeschlagene Autonomie-Projekt. Was sind ihre Charakteristika und Unterschiede?

L.C.: Das Projekt von Fagoth ist klar definiert; es bildet einen Teil der konterrevolutionären Pläne und beabsichtigt die Separation der Atlantikküste vom Rest des nicaraguanischen Territoriums.

Der Fall Rivera liegt anders. Einer der wesentlichen Züge seines Vorschlags ist die Erhaltung und Stärkung der Hegemonie, die die Miskito bis jetzt über die restlichen ethnischen Gruppen der Atlantikküste hatten. Von dieser politischen Konzeption ausgehend fordert er die Anerkennung eines zusammenhängenden indigenen Territoriums mit allen seinen natürlichen Ressourcen.

Um diese Forderung erheben zu können, wirft Rivera sich zum Vertreter der ganzen Bevölkerung der Costa - Miskito, Sumu, Rama, Creole, Mestizen und Garifuna - auf, womit er logischerweise nach der Hegemonie über alle trachtet. Gegenwärtig bezieht sich seine Hauptforderung auf das Land, und er hat kein großes Interesse gezeigt, über andere eine Autonomie der Region betreffende Punkte zu diskutieren.

Wir meinen, daß dieses Konzept verschiedene Probleme in sich birgt. Erstens trägt es zu einer Vergrößerung der Unterschiede zwischen der Bevölkerung der Atlantikregion und der des Restes des Landes bei. Es fördert die Einheit des Volkes nicht. Zweitens setzt es eine wesentliche Einschränkung der Souveränität des Staates voraus, welchem die Verfügungsgewalt über die Naturressourcen zukommt. Drittens betrachten wir das Konzept eines indigenen Territoriums als etwas, das durch seine segregationistischen und rassistischen Untertöne die ethnische Selbstbehauptung ausschließlich in der Separation, der Verschiedenheit sieht und nicht in den Rahmen eines einheitlichen Nationalbewußtseins einbindet. Wenn die Regierung diesen Entwurf akzeptieren würde, könnte der nächste Schritt die Forderung nach Unabhängigkeit, nach einer totalen Separation sein.

Darüberhinaus stellt die nicaraguanische Regierung die Repräsentativität in Frage, die sich Rivera und MISURASATA zuschreiben. Wir haben das Problem aufgeworfen, daß diese Organisation nur eine von mehreren derzeit an der Costa bestehenden ist, da es ja auch MISURA unter der Führung von Fagoth und MISATAN mit einer eigenen Repräsentativität unter den Miskito gibt. Außerdem existieren viele Sek-

toren in der Bevölkerung, vor allem unter den Creoles, aber auch unter den Sumu und Miskito, die mit keiner dieser drei Organisationen organisch verbunden sind.

Wir haben Rivera einen Waffenstillstand vorgeschlagen, um danach die Möglichkeit erwägen zu können, daß eine Delegation von MISURASATA nach Nicaragua kommt und an der Debatte über das Autonomie-Projekt teilnimmt. Wir können über eine Amnestie für die Mitglieder dieser Organisation diskutieren oder auch über eine mögliche Teilnahme an der Repatriierung der Miskito-Flüchtlinge in Honduras. Andere Punkte dagegen stehen nicht zur Diskussion. Niemals werden wir die Existenz einer "Parallel-Armee" akzeptieren, obwohl wir verstehen, daß sie die Waffen solange nicht niederlegen, wie es keine zufriedenstellenden Übereinkünfte gibt. Bisher haben sie in keinem dieser Punkte großes Entgegenkommen gezeigt. Gegenwärtig nähern sich die Positionen Rivera's eher denen von Fagoth als denen der sandinistischen Regierung.

P.P.: Was schlägt der Frente Sandinista der nationalen Kommission vor, die gegenwärtig das Autonomie-Projekt für die Atlantikküste erörtert?

L.C.: Ich kann einige grundlegende Prinzipien und Kriterien erläutern, in deren Rahmen das Projekt ausgearbeitet wird. Wir gehen davon aus, daß Nicaragua eine Republik ist, deren Territorium und Souveränität unteilbar sind. Für uns besteht das Problem der Atlantikküste darin, unabhängig von und über die ethnischen Unterschiede hinweg ein Nationalbewußtsein zu schaffen. Ohne Fortschritte in dieser Richtung ist keine Lösung möglich.

Die Rechte, die spezifischen sozialen Gruppen zugestanden werden, dürfen ihre Rechte und Pflichten, die ihnen als nicaraguanischen Staatsbürgern zukommen, nicht beeinträchtigen.

Innerhalb dieses Rahmens sehen wir die Notwendigkeit, die besondere Wirklichkeit an der Atlantikküste anzuerkennen und zu respektieren. Aber im Unterschied zu den Vorschlägen Rivera's sollen die autonomen Rechte in gleicher Weise für alle ethnischen Gruppen einschließlich der Mestizen, welche die Mehrheitsgruppe bilden, gelten.

Innerhalb dieser autonomen, ethnischen Rechte betrachten wir es als richtig, notwendig und legitim, das Recht auf Bildung in der eigenen Sprache zu garantieren, soweit dies möglich ist; außerdem das Recht auf eine eigene Kultur und Tradition, auf Beteiligung an den Entscheidungen über Angelegenheiten, die Auswirkungen auf das Leben der Bevöl-

kerung haben, z.B. solche über Investitionen oder soziale und wirtschaftliche Entwicklungsprogramme; und wir unterstützen die Selbstverwaltung auf bestimmten Ebenen, vorzugsweise durch eine direkte, nicht korporative Vertretung.

P.P.: Das Autonomie-Projekt ist noch immer nicht vollkommen ausgearbeitet. In welcher Form findet die Debatte über dieses Thema in der Bevölkerung der Costa statt?

L.C.: Die Billigung des Projektes kann sich noch um mehrere Monate verzögern, weil wir meinen, daß es das Resultat einer möglichst breiten Diskussion zwischen der Bevölkerung, Organisationen und Institutionen der Atlantikregion sein soll, die den Rest des Landes einschließt, damit es wirklich ein nationales Projekt wird, das auf einem möglichst umfassenden Konsens beruht.

An dieser Diskussion nehmen viele Leute teil. So hat sich z.B. in Zelaya Sur eine Gruppe von 29 Personen gebildet, die die Debatte direkt in den Gemeinden vorantreibt. Außerdem tragen zahlreiche Organisationen wie die Comités de Defensa Sandinista, Berufsorganisationen in Bluefields, MISATAN in Zelaya Norte, die Mährische Kirche und der Frente Sandinista selbst zum Fortschritt des Prozesses bei.

Wir streben danach, daß um diese Debatte herum eine authentische politische Bewegung auf der Basis der Dorfgemeinschaften entsteht, die die natürliche traditionelle Organisationsform der indigenen Bevölkerungsgruppen sind. Am Anfang begingen wir aus Unkenntnis den Fehler, die gleichen Strukturen der Partizipation entwickeln zu wollen wie am Pazifik, wie die sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS). Die Reaktion war logischerweise Ablehnung. In diesem Fall nun wird die Debatte in den eigenen Strukturen geführt, die schon immer an der Costa bestanden haben. Die Dorfgemeinschaft, die ihre eigenen, demokratisch gewählten Führer hat, ist wie dazu geschaffen, die gleichen Funktionen zu erfüllen wie ein CDS. Wir wollen in dieser Angelegenheit nicht noch einmal einen Irrtum begehen, und das heißt auch, daß wir ernsthaft den Fortbestand dieser sandinistischen Organisationen an der Atlantikküste überdenken.

P.P.: In welchem Umfang haben die bewaffneten Auseinandersetzungen den Fortschritt der sandinistischen Politik hinsichtlich der ethnischen Minderheiten gebremst? Hat oder kann sich die Situation aufgrund der Gespräche mit Rivera verändern?

L.C.: Sicherlich behindert der Krieg den Fortschritt der Pläne der Revolution für die Region. Jetzt z.B. ist es ein Problem, bestimmte Gruppen, die nach Honduras geflüchtet sind oder in den Gebieten leben, wo die heftigsten Auseinandersetzungen stattfinden, an der Debatte über das künftige Autonomie-Projekt zu beteiligen.

Aber trotzdem kann der Krieg kein Grund sein, diese Bemühungen aufzuschieben. Ich würde sogar sagen, gerade weil es die Aggression gibt, ist es noch wichtiger, dieses Projekt zu beschleunigen, weil mit ihm viele der Parolen und politischen Argumente, mit denen die Contra ihr Handeln zu rechtfertigen versucht, neutralisiert werden.

Zu den Gesprächen mit Rivera ist zu sagen, daß er widersprüchliche Vorstellungen hat. Einerseits akzeptiert er unsere Position nicht, erst den Krieg zu stoppen und dann zu verhandeln. Er versichert, daß er den Kampf nicht einstellen wird, solange er keine konkreten Ergebnisse für seine Forderungen erhält. Trotzdem verlangt er jetzt als Vorbedingung für sein Erscheinen bei der geplanten zweiten Zusammenkunft (gemeint ist die für den 20.1. vorgesehene; LN) das, was er als eine positive Modifizierung der militärischen Situation an der Atlantikküste bezeichnet. Dies können wir selbstverständlich nicht akzeptieren, da es gleichbedeutend mit der Forderung nach einer einseitigen Waffenruhe von unserer Seite ist.

Man muß außerdem darauf hinweisen, daß auch eine Übereinkunft mit MISURASATA das Problem des Krieges nicht lösen würde, weil es andere Gruppen wie MISURA gibt, die sich entschlossen zeigen, die Kämpfe fortzuführen. Das Problem der Atlantikküste wird nicht morgen gelöst werden, aber die sandinistische Regierung ist dabei, die Grundlagen für eine gerechte und revolutionäre Antwort zu legen, die einen Präzedenzfall in Lateinamerika darstellen wird.

Gesundheitsbrigaden für Nicaragua

Wir suchen auch in diesem Jahr

DRINGEND

für einen mindestens

6 monatigen Einsatz im

Rahmen unseres
Projektes

- **ÄRZTE/INNEN**

vor allem mit Erfahrung in

Chirurgie, Pädiatrie, Allgemeinmedizin

Kontakt: Gesundheitsbrigaden Berlin, Gesundheitsstr. 7, 1000 Berlin 61, Tel. 030 69 120 90

Informationsblockade um Mittelamerika und alternative Medien

Der folgende Artikel wurde uns vom MITTELAMERIKA INFORMATIONSDIENST e.V. (MID) zur Verfügung gestellt. Der MID braucht zur finanziellen Absicherung seiner Arbeit weitere Abonnements, Arbeitsaufträge und Spenden (sh. Anzeige am Ende des Heftes).

Die US-Regierung hat mit der Begründung für den Austritt der USA aus der UNESCO im vergangenen Jahr die "neue Weltkommunikationsordnung" ins Gespräch gebracht. Dabei geht es um den Aufbau von Nachrichtenagenturen in der Dritten Welt und Informationsaustausch unter Nachbarländern mit ähnlicher kultureller Identität und Geschichte. Bisher sind Dritt-Welt-Länder auf Informationen der westlichen Nachrichtenagenturen angewiesen. Doch auch die Medien der Bundesrepublik und von Europa benutzen die Informationen der gleichen Agenturen, so daß diese hier die öffentliche Meinung zum Thema "Dritte Welt" mit keinesfalls wertfreien Vorgaben bestimmen können. Zum Beispiel berichten Agenturen wie AP und UPI aus den USA über Mittelamerika aus der Perspektive der US-Regierung, die an dem Konflikt in der Region beteiligt ist und verschärfen im Sinne informationspolitischer Richtlinien der Reagan-Administration die Krise.

Doch inzwischen haben Journalisten in Mittelamerika die Initiative ergriffen und neue Medien zur Überwindung der Informationsblockade gegründet. Sie schwimmen gegen den "Informationsfluß" westlicher Nachrichtenagenturen und berichten über alles, was sonst "totgeschwiegen" wird. Der MITTELAMERIKA INFORMATIONSDIENST e.V. unterstützt sie bei dem Versuch, auch in der Bundesrepublik eine "Gegenöffentlichkeit" zum Thema Mittelamerika herzustellen.

KEINE GARANTIE FÜR PRESSE- UND MEINUNGSFREIHEIT

Rund neunzig Prozent der Zeitungsverlage, Rundfunkstationen und Fernsehsender von Mittelamerika befinden sich in Privatbesitz. Die Besitzer arrangieren sich mit anderen Unternehmern, deren kommerzielle Anzeigenwerbung zur Haupteinnahmequelle zählt. Des weiteren müssen sie sich mit den jeweiligen Regierungen und Militärs gutstellen, das heißt, deren offizielle Bekanntmachungen und Kommuniqués veröffentlichen. Wagen sie es, in ihren Medien soziale Mißstände anzuprangern, müssen sie mit Anschlägen auf Gebäude und Mitarbeiter rechnen. So wurden auf den Rundfunksender der Erzdiözese

von San Salvador YSAX bislang vier Bombenattentate verübt. Journalisten, die unerwünschte Kontakte zu Menschenrechtsorganisationen, Befreiungsbewegungen und der sandinistischen Regierung pflegen, sich bei ihnen Informationen beschaffen und diese verbreiten, riskieren ebenso wie Privatpersonen bei den Sicherheitsbehörden als "Kommunisten", "Terroristen" und "Guerilleros" denunziert zu werden. In El Salvador wurden zwischen 1980 und 1984 fünfundzwanzig Journalisten ermordet, in Guatemala zwischen 1870 und 1980 neunundvierzig. So ist es nicht verwunderlich, daß heikle politische Themen bei der Inlandsberichterstattung ausgespart werden. Dafür wird der Leser eingehend über Eifersuchtsdramen, Verkehrsunfälle und Sport informiert. Bei der Auslandsberichterstattung halten sich Journalisten an die Vorgaben von westlichen Nachrichtenagenturen, mit Vorliebe AP und UPI. Das führt in allen Ländern der Region dazu, daß Nicaragua systematisch zum "Sündenbock" erklärt wird. Grenz- und andere Zwischenfälle, die von den Antisandinisten in Honduras und Costa Rica provoziert werden, werden uminterpretiert und als "Beweise für den Aggressions- und Expansionswillen" der Sandinisten propagandistisch hochgespielt. So wird die Bevölkerung hier auf Krieg und Intervention eingestimmt.

DIE ZENTRALE KONTROLLIERT AUSLANDSKORRESPONDENTEN

Die Korrespondenten von internationalen Nachrichtenagenturen, die vor Ort mitbestimmen, was weltweit zum Thema wird, werden zwar von den Botschaften ihrer Heimatländer geschützt, sind aber ähnlich wie nationale Journalisten hinsichtlich ihrer beruflichen Sicherheit von der Gunst der Regierungen und Militärs abhängig. In El Salvador und Guatemala laufen Berichte, die per Telex und Telefon ins Ausland gegeben werden, über nationale Fernmeldeämter. Morddrohungen oder Beschwerden in den Zentralen der Agenturen folgen der Weitergabe von Informationen, die Rückschlüsse auf unbeliebte Quellen zulassen.

Alle Nachrichten von Korrespondenten internationaler Agenturen unterliegen vor ihrer weltweiten Verbreitung einer Kontrolle in der Zentrale. So wacht der "Gate-Keeper" von AP in New York und von UPI in Atlanta über eine den USA und der westlichen Hemisphäre angemessene "Objektivität". AP und UPI haben ihren größten und gewinnbringendsten Absatzmarkt für Nachrichten in den USA selbst und darum ist die Veröffentlichung von Regierungsstatements zu Mittelamerika wichtiger, als das, was aus der Region selbst kommt. Implizit fließen informationspolitische Vorgaben der Reagan-Administration, wie die vom US-Präsidenten nie bewiesene Beschworung einer "Ost-West-Konfrontation" in die Berichterstattung ein. Der von AP und UPI gesteuerte Informationsfluß beeinflusst

nicht nur die öffentliche Meinung in Mittelamerika und den USA, sondern auch in der Bundesrepublik und Europa, wo die Meldungen in vielen Medien ungeprüft veröffentlicht werden.

DAS VIETNAM-SYNDROM UND SEINE FOLGEN

Nach Studien des Pentagons war die erste militärische Niederlage der USA in Vietnam auf den Widerstand in der eigenen Bevölkerung zurückzuführen. Der Widerstand entzündete sich an der Berichterstattung in nationalen Medien über die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz. Eine Wiederholung des "Vietnam-Syndroms" anlässlich einer Intervention in Mittelamerika will die Reagan-Administration nun durch eine verstärkte Kontrolle der Medien verhindern. Generalprobe für eine neue Informationspolitik war die Grenada-Intervention. Hier verweigerten US-Militärbehörden Journalisten den Zugang zum Ort des Geschehens. Erst nach einer Woche erhielten vom Pentagon ausgewählte Pressevertreter die Genehmigung, ihren Beruf auszuüben. Das gelungene informationspolitische "Militärmanöver" soll Schule machen. Für die "Initialphase von überraschenden militärischen Operationen" will das Pentagon ein Pressebüro einrichten, von dem aus exklusiv berichtet werden soll. Zugang zur "Informationsquelle" der Militärs erhalten nur vom Verteidigungsministerium ausgewählte Medien wie AP und UPI. Die Idee zu diesem Büro stammt noch aus Vietnam-Kriegszeiten.

"GEGENÖFFENTLICHKEIT" ZU MITTELAMERIKA

Keines der mittelamerikanischen Länder bis auf Nicaragua hat bisher eine eigene staatliche, halbstaatliche oder private Presseagentur hervorgebracht, die nationale Nachrichten weltweit vertreibt und aufgrund eines eigenen Korrespondentennetzes im Ausland für die inländischen Medien berichtet. Die westlichen Nachrichtenagenturen - vor allem AP und UPI - bieten dafür einen Rundumservice an und berichten auch über die Nachbarländer.

Als einziges Land in Mittelamerika hat Nicaragua 1979 eine eigene nationale Presseagentur - Agencia Nueva Nicaragua (ANN) - gegründet. ANN kann mit der Verbreitung seiner Dienste im Ausland dem von westlichen Medien geschaffenen "Feindbild" entgegentreten, der Weltöffentlichkeit eine Bild vom neuen Nicaragua aus der Perspektive der Nicaraguaner vermitteln und so der US-Intervention die Legitimität entziehen. Umgekehrt kann ANN den nicaraguanischen Medien Informationen zu internationalen Ereignissen aus nationaler Sicht übermitteln. ANN-Korrespondenten werden zur Zeit allerdings sowohl in den Nachbarländern als auch in den USA bei der Ausübung ihres Berufes gehindert.

REZENSION

Arbeitsplatzexport durch Auslandsinvestitionen?

Wie wirken Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen auf die Beschäftigungssituation in der BRD zurück? Kam es im Verlaufe der 70er Jahre zu einem ins Gewicht fallenden "job export" ins Ausland?

Indem er diesen Fragen nachgeht, muß sich Olle hauptsächlich mit zwei Argumenten auseinandersetzen: das Volumen deutscher Direktinvestitionen sei, gemessen an der Kapitalanlage im Inland, unbedeutend; eventuelle negative Beschäftigungseffekte würden durch ausländische Investitionen in der BRD kompensiert.

Anfang der 70er Jahre kommt es in der Entwicklung der weltweiten Direktinvestitionen zu einer "historischen Wende". Die Auslandsinvestitionen steigen im Vergleich zu den beiden vorausgehenden Jahrzehnten erheblich an, und diese Ausweitung vollzieht sich in einer Periode wirtschaftlicher Stagnation. Im Verlaufe der 70er Jahre gewinnt der "internationalisierte Sektor" der Weltökonomie erheblich an Bedeutung, Direktinvestitionen fungieren als "Medium zur (globalen) ökonomischen Restrukturierung". Ende des Jahrzehnts übersteigt die Auslandsproduktion durch industrielle Direktinvestitionen den Weltexport industrieller Fertigwaren und erreicht eine Größenordnung von 25% der gesamten Industrieproduktion der Industrieländer.

Investiert wird in Industrieländern und Entwicklungsländern. Zwischen 1977 und 1981 engagieren sich BRD-Unternehmen, gemessen an ihren eingegangenen Beteiligungsverhältnissen, zu 69% in Industrieländern und zu 31% in Entwicklungsländern. Dabei ist bemerkenswert, daß es sich bei den Direktinvestitionen in Industrieländern hauptsächlich um Beteiligungen und Betriebsübernahmen handelt, während Investitionen in Entwicklungsländern zum Großteil in der Form von Betriebsneugründungen (Schaffung neuer Arbeitsplätze) durchgeführt wurden. 60% der BRD-Auslandsinvestitionen wurden von Unternehmen der verarbeitenden Industrie (an der Spitze die Chemie-Multis) getätigt. Bezogen auf Erweiterungsinvestitionen (die im Gegensatz zu den Erhaltungs- und Rationalisierungsinvestitionen auch Arbeitsplätze schaffen) dieses Sek-

tors, entfiel Ende der 70er Jahre ein Drittel der Investitionstätigkeit auf das Ausland. Es kommt zu einer tendenziellen "Externalisierung des Beschäftigungswachstums".

Bei dem Versuch, den realen Bestand der Auslandsbeteiligungen zu erfassen, stößt Olle auf das Phänomen der "neuen Form" von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern, bei denen eine formale Kapitalbeteiligung nicht oder nur teilweise besteht und durch zwischenbetriebliche Vereinbarungen ergänzt oder ersetzt wird. Es kommt zu einer "Entkopplung von formalen Eigentumstiteln und der faktischen ökonomischen Verfügungsgewalt". Vertragsvereinbarungen ("service contracts", "international subcontracting", "turnkey contracts") sichern dem Auslandsunternehmen gegen die Bereitstellung von Ausrüstung, Technologie und/oder Management, weitestgehende Eingriffe bei Produktions- und Vermarktungsentscheidungen, sowie den Zugriff auf Gewinnanteile.

Diese "neuen Formen" der Direktinvestitionen sind ein Faktor, der zu einer Unterbewertung von Direktinvestitionen im Ausland führt. Hinzu kommen andere Komponenten (im Auslandsbetrieb reinvestierte Gewinne, Finanzierung über ausländische Kapitalmärkte etc.), die in der Kapitalverkehrsbilanz der BRD nicht in Erscheinung treten und ebenfalls zu einer niedrigeren Bewertung führen. Indem er diese zuletzt genannten Faktoren miteinbezieht und gewichtet, kommt Olle zu einem wesentlich höheren Bestand von BRD-Direktinvestitionen, als in den Bundesstatistiken ausgewiesen ist. Dies, der hohe Anteil von Erweiterungsinvestitionen im Ausland, sowie der Tatbestand, daß sich in den 70er Jahren die Beschäftigtenzahl in ausländischen Unternehmen in der BRD nicht erhöht hat, läßt Olle zur Veranschlagung eines "realen Arbeitsplatzexports" von 300 bis 400 tausend kommen.

Seit Mitte der 70er Jahre ist die BRD zum Nettokapitalexporteur geworden. Die bevorzugten Anlageregionen sind die USA und außereuropäische Entwicklungsländer, unter denen Mexico, Brasilien und Argentinien die bedeutendsten sind.

Werner Olle: Strukturveränderungen der internationalen Direktinvestitionen und inländischer Arbeitsmarkt
Dissertation 418 Seiten
Minerva Publikation München 1983

Eingegangene Bücher

Duilio Biancucci: **Dritte Welt - Unsere Welt. Beispiel Lateinamerika.** Benziger-Verlag, Zürich - Köln 1985, 212 S.

Rolf Kappel, Manfred Metz, Diethard Wendt: **Technologieentwicklung und Grundbedürfnisse.** Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1983, 380 S.

Stefan M. Ummenhofer: **Ecuador - Industrialisierungsbestrebungen eines kleinen Agrarstaates.** Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1983, 340 S.

Marcio Souza: **Mad Maria oder Das Klavier im Fluß.** Roman. Kiepenheuer und Witsch, Köln 1984, 490 S.

Instituto Histórico Centroamericano (Hrsg.): **Sie leben im Herzen des Volkes. Lateinamerikanisches Martyrologium.** Vorwort von J. B. Metz. Partner-Verlag, Düsseldorf 1984, 216 S.

Anatol Feid: **Chilenischer September.** Roman. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1985, 170 S.

Brasilien: **Präsidentenwahlen 1985.** 21 S. Herausgegeben und vertrieben von: Brasilien-Initiative, In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg

Brigitte Erler: **Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe.** dreisam-Verlag, Freiburg 1985, 105 S.

El Salvador: **Der Aufschrei eines Volkes.** Ein Bericht der Zentralamerikanischen Universität in San Salvador. Vorwort: Arturo Rivera y Damas, Erzbischof von San Salvador. Verlag Grünwald Kaiser, München - Mainz 1984, 170 S.

Heinz Ellenberg: **Entwicklung ohne Rückschläge. Antworten eines Ökologen auf 20 Fragen im Hinblick auf die ländliche Entwicklung in den Tropen und Subtropen.** Schriftenreihe der GTZ, Eschborn 1984, 140 S.

Wolfgang Gabbert: **Die Atlantikküste Nicaraguas - fehlende nationalstaatliche Integration, Erbe von Kolonialismus und Bereicherungsdictatur.** Entwicklungsperspektiven Nr. 15/16 1985 (Lateinamerika-Dokumentationsstelle, FB 6, Gesamthochschule, Heinrich-Plett-Str. 40, 3500 Kassel), 185 S.

Clarita Müller-Plantenberg: **Eigene Identität und gemeinsames Projekt. Zur Interessenvertretung gegen Wirtschaftspolitik, gesellschaftliche Atomisierung und Repression in Brasilien und Chile.** Entwicklungsperspektiven Nr. 17, 1985, 32

Pädagogik: 3. Welt. "Fortschrittstechnologien und ihre Auswirkungen auf Erziehung und Identitätsbildung". Jahrbuch 1984. Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1985, 200 S.

Walter Ludin: **Höre den Schrei Deines Volkes. Glaubenszeugnisse aus Südamerika.** Kanisius Verlag, Konstanz 1985, 64 S.

Raingard Knauer, Erika Krohn, Peter Höhner: **Lernen geht auch anders. Reader zu Alternativ-Schulen und Alternativ-Pädagogik.** AG SPAK, 4. Aufl. 1985, 205 S.

Jo Pestum: **Die Zeit der Gazelle.** Roman. Benziger Verlag, Zürich - Köln 1985, 160 S.

Verschunden in Honduras. 1985, 10 S. Herausgegeben und vertrieben vom Honduras-Komitee, Martin-Luther-King-Haus, Grindelallee 9, 2000 Hamburg 13)

Antonio Skármeta: **Mit brennender Geduld.** Roman. München - Zürich 1984, 150 S.

Norbert Greinacher (Hrsg.): **Konflikt um die Theologie der Befreiung.** Benziger-Verlag, Zürich - Köln 1985, 332 S.

... von der **Sonne Nicaraguas erzählen.** Dokumentation einer Solidaritätsbrigade des Verbandes Christlicher Pfadfinder/innen. Bezug: VCP Landesbüro, Archivstr. 3 3 000 Hannover 1

Städtepartnerschaft mit Nicaragua. Broschüre. Bezug: Juso-Bundessekretariat, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn

Zeitschriftenschau

BRASILIEN NACHRICHTEN Nr. 85 April 1985

Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück

Themenschwerpunkt: **Gewerkschaften in Brasilien; Streik bei Multis / Streik der Landarbeiter / Alltag von Landarbeitern / Alltag eines städtischen Arbeiters / Brasilianische Gewerkschafter besuchen BRD / Kirche und Gewerkschaft / Politisierung der Frauen / Gewerkschaften in Brasilien - schon immer unser Thema / Kommunikationskanal statt Betriebsrat / Deutsches Kapital in Brasilien / Geschichte der brasilianischen Sozialpakte / Karte: Gewerkschaften in Brasilien / Geschichte der brasilianischen Arbeiterbewegung / Sozialdaten / Tancredo Presidente / CPT klagt an / Erster Erfolg der Bauern / Briefe aus Brasilien / Indianerkampagne**

ila-info Nr. 84, April 1985

Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Bolivians Gewerkschaften contra IWF: "Warum sollen wir die Schulden der USA bezahlen?" / Die Chance der Krise; die bolivianische Bauerngewerkschafterin Silvia Riveira über die politische Zukunft ihres Landes / Gratis: 5 Päckchen täglich; die Bewohner von Mexiko-Stadt atmen dicke Luft / Karfreitag in Las Golondrinas; Alltag in einem Armenviertel von Mexiko-Stadt / Im Spiegel dürerer Zahlen: Deutsches Kapital in Brasilien (Teil 2) / Paraguay bald westdeutsche Kolonie? / Surinams Revolution tritt auf der Stelle / Weltwirtschaftsgipfel: Stürmer wir jetzt - oder was is? / BUKO 9: "Ökologie und Dritte Welt"

blätter des iz3w Nr. 124, März 1985

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Ökologie und Dritte Welt: Die ökologische Krise in Indien und soziale Bewegung / Die Zerstörung der tropischen Regenwälder / Umweltprobleme der Großstadt Kuala Lumpur / **Nachrichten und Berichte zu:** Peru / Chile / Neukaledonien / Nicaragua / Libyen / Die Äthiopisierung der Hungerberichterstattung / Weder Bettler noch Schweine

PERIPHERIE Nr. 18/19 Herbst 84/Winter 85

LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Kulturelle Identität und Nationalstaat: Nationalismus: Diskussion und Forschung / Vorderer Orient: Kommunistische Bewegungen / Islam und soziale Bewegung / Irak/Iran / Mosambik: Nationale Integration? / Mythos von Stamm und Nation

FORUM **entwicklungspolitischer Aktionsgruppen** Nr. 89, März 85
Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Weltwirtschaftsgipfel: Einleitung, Literatur, Aktionstheater / Aktion "12 vor 5"
zur Deutschen Bank / Daten zur Deutschen Bank / "Brot für die Hungernden", Fa-
stenaktion in Brasilien / Pharma-Brief / Afrika-Forum

AIB Nr. 4/85 Liebigstr. 46, 3550 Marburg
Kommentar: Reagans Besuch - der Gipfel / USA: Staatsterrorismus - Uno-Position
contra Reagan / Reagan greift den "Terrorismus" an / Greifarme des CIA / West-
liche Arbeitsteilung mit der UNITA und dem RNM / **Südafrika:** Botschaft Nelson Man-
delas / **Palästina:** Arafat-Hussein-Abkommen / **Vietnam-Sonderteil:** Vietnam? Viet-
nam! / Das Vietnam-Trauma / Die Befreiung Saigons / Dien Bien Phu - Symbol des
Sieges / Aus den Ruinen des Krieges / Vietnam-Daten / Wende in der Kampuchea-Fra-
ge? / Die Vietnam-Solidaritätsbewegung / Symbol Ho Chi Minh / Aktions- und Mate-
rialspiegel / **Türkei:** Gründungserklärung der Linken Einheit / Plattform zur Demo-
kratischen Zusammenarbeit / **Südkorea:** Abstimmung gegen die Diktatur / Peru: Wahl-
chancen der geeinten Linken / Interview mit IU-Kandidat Barrantes

der überblick 1/85 Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13
Politischer Schwerpunkt: **Zentralamerika:** Geostrategische Halluzinationen / Die
Länder Zentralamerikas / Zu viel Anpassung / Eigenständige Lösungen / Contadora:
Anfang und Ende einer Initiative / Die Militarisierung Zentralamerikas / Men-
schenrechte und Ost-West-Konflikt / "Gefangene werden wie Menschen behandelt" /
Kirchen und Zentralamerika: Priester und Minister / Evangelische Kirchen in Zen-
tralamerika / **AGKED:** Engagement im Widerstreit / DÜ in Zentralamerika / Misereor:
Für einen politischen Dialog / **Berichte und Analysen:** Die Eroberung Zentralameri-
kas / Verhinderte Landreformen / Befreite Gebiete in El Salvador / Indianer in
Zentralamerika / Flüchtlinge: Alltägliche Tragödien / Keine alternative Entwick-
lungshilfe

INFORMATIONSDIENST SÜDLICHES AFRIKA Nr. 2, März 1985
Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: **Südafrika** - Perspektiven des Widerstands: Botschaft des ANC / An-
schläge des ANC in Südafrika 1984 / Von Basisinitiativen zum Aktionsbündnis /
Hochverratsprozeß gegen UDF-Führer / Interviews mit: P. Lekota, UDF, A. Boesak,
UDF, V. Alexander, NF / UDF und NF: Politische Kontraste / 5. Kongreß der AZAPO
/ Der Widerstand der Schüler und Studenten / Deutsche Gewerkschafter fordern:
Sanktionen jetzt / Gewerkschaften und Politik / **Mosambik:** Konferenz der OMM /
Pressekampagne gegen die AAB

Termine

**Internationaler Theater-, Zirkus-, Tanz- und
Rhythmikworkshop vom 3. - 12. August 1985**
in Bergisch-Gladbach

Nähere Information und Anmeldung bei:
Jeanine de Heus oder Eckhard Schöller
Haus Lerbach 5060 Bergisch-Gladbach 2 Tel.: 02202/31021

PERUANISCHE WOCHE VOM 18. BIS 23. MAI IN MAINZ

Ausstellung: So - Do 13 - 15 Uhr, Sa, So, Di u. Do 20 - 22 Uhr
Eröffnung: mit Musik und Information: Sa, 18.5., 20 Uhr
Filmabend: "Die Frauen von El Planeta": Di, 21.5., 20 Uhr
Diskussion: Wir können ja doch nichts ändern. Oder? Persön-
liche Erfahrungen in Peru: Do, 23.5., 20 Uhr

Ort:

Katholische Hochschulgemeinde Mainz
Newmanhaus, Saarstr. 20, 6500 Mainz

BUKO

9. BUNDESKONGRESS

ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN

16. - 19. MAI IN FREIBURG

"ÖKOLOGIE UND DRITTE WELT"

Arbeitsgruppen: Bevölkerungswachstum und Ökologie / Folgen
der weltweiten Waldabholzung / Zwischen Agro-Industrie und
ökologischem Landbau / Ökologische Folgen der Militarisierung
/ Auswirkungen der Atomtechnologie / Giftexport in die 3. Welt
/ Raubbau an Bodenschätzen / Ökologische Auswirkungen der
Großtechnologie / Umweltprobleme durch Verstädterung / Natio-
nale und Internationale Umweltpolitik / Ökologisch/soziale
Krise im Amazonasbecken / Ökologisch/soziale Krise im Pazifik

Nähere Informationen und Anmeldung bei:

Bundeskongreß **entwicklungspolitischer Aktionsgruppen**
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

'WIR ÜBERSETZEN GEMEINSAM'

Tagung am 21. - 23. 6. 1985 in Königstein/Ts

Es ist eine lobenswerte Tatsache, daß in den aktuellen Veröffentlichungen immer
mehr Originaltexte in deutscher Übersetzung benutzt werden. Wie man mit solchen
Texten umgeht, möchten wir in einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch diskutieren
und erarbeiten. In drei Arbeitsgruppen - spanisch, englisch, französisch - sollen
die spezifisch auftretenden Übersetzungsprobleme und -fragen diskutiert werden.

Nähere Information und Anmeldung bei:

Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus
Afrika, Asien und Lateinamerika e.V.
Postfach 2404 6000 Frankfurt 1

mid mittelamerika informationsdienst

Das MID - Bulletin erscheint wöchentlich per Post

Jahresabo: DM 130,-
Halbjahresabo: DM 70,-

Für Schüler und Studenten:

Jahresabo: DM 90,-
Halbjahresabo: DM 50,-

Probeabo (8 Nummern): DM 20,-

Ebenfalls bestellt werden kann:

- * Die Jahreschronik 1984 zu jedem einzelnen Land Mittelamerikas: je DM 4,-
- * Eine Sondernummer zum Thema "Informationsblockade um Mittelamerika" (in Vorbereitung)
- * Andere Sondernummern zu bestimmten Themen und Ländern folgen und sind im obigen Abonnement inbegriffen.

Darüberhinaus bietet der MID ein umfassendes Mittelamerika-Archiv an: pro Fotokopie DM -,50

Auftragsarbeiten werden auf Wunsch angefertigt.

MID	oder
Sternstorbrücke 13	Hanauer Landstr. 147-149
5300 Bonn	6000 Frankfurt 1
Tel.: 0228 / 63 67 81	Tel.: 069 / 44 74 14

Das

Kulturbüro in der WERKSTATT 3

sucht voraussichtlich ab Mitte/Ende Juni

1 - 2 Mitarbeiter/innen

Voraussetzungen:

- Erfahrungen in der "3.Welt"-Arbeit, insbesondere auch im kulturellen Bereich
- Organisationstalent und Durchsetzungsfähigkeit
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit kirchlichen Gruppen

Bewerbungsschluß ist der 22.Mai. Bewerbungen an:

Kulturbüro in der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50
Tel.: 040/ 39 41 33



AG SPAK BÜCHER

KISTLERSTR. 1
8000 MÜNCHEN 90

Hejo Heussen

Weitmarkt und soziale Not

Über die Unsicherheit sozialer Sicherheit in der Dritten Welt

**M 44 DM 28,-
408 Seiten**

Heinz Schulze

Sozialarbeit in Lateinamerika

solidarisieren nicht integrieren

**M 53
DM 18,-
272 Seiten**

Heinz Schulze

Volkserziehung in Lateinamerika

Von der Theorie Paulo Freire zur politischen Praxis der Unterdrückten

**M 33 DM 16,-
264 Seiten**

NEU

Wolfgang Beer
Angelika Rimmek

FRIEDENS-HORIZONTE

Zu Friedensbewegung und Friedenserziehung in 5 Kontinenten

ISBN 3-923126-31-X
ca. 220 Seiten
ersch. April 1985
M 66 ca. 19,-

Michael Persie
Umkehr und Befreiung zur Zukunft
Theologie der Befreiung und praxisverändernde Bildung nach P. Freire. ca. 300 S.
M 62 DM 24,-

Ariel Dorfmann

Kultur und Widerstand in Chile

Träumen von einer anderen Welt

**IDAC 1
Restexempl.
DM 3,50**

Hans-Martin Große-Oetringhaus
**JEDER EIN LEHRER –
JEDER EIN SCHÜLER**

Emanzipatorisches Lernen in Afrika

287 S. ISBN 3-923126-17-4 DM 24.-